

# Schule heute 10

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung

43. Jahrgang 2003

K 8050



Innenbeilage  
Auslandsreisekrankenversicherung





# Aus unserer Sicht

## Der heiße Herbst begann am 24. September

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

rund 5.000 Lehrerinnen und Lehrer sind dem Aufruf des VBE gefolgt und haben am 24. September an der gemeinsam vom Deutschen Beamtenbund (DBB) und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) organisierten Großdemonstration in Düsseldorf teilgenommen. Nach Polizeiangaben demonstrierten 32.000 Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes gegen die geplante Arbeitszeiterhöhung sowie die Streichung des Urlaubs- und Kürzung des Weihnachtsgel-

voll wehren.

Die Empörung an den Schulen ist vor allem deshalb so groß, weil das Bildungssystem vor gewaltigen Herausforderungen steht, die nicht nur das erst kürzlich verabschiedete Schulrechtsänderungsgesetz begründet hat. Um alle Neuerungen umzusetzen, benötigt man aber motivierte Pädagogen, bedarf es der Anerkennung der Leistung und deren Honorierung!

Das so genannte „Düsseldorfer Signal“ der Landesregierung ist in mehrfacher Hinsicht fatal. Es untergräbt das Ver-

Werbekampagnen nicht mehr auf den Leim gehen. Besorgniserregend ist die Tatsache, dass in NRW in den kommenden zwölf Jahren 83.000 Lehrerinnen und Lehrer in den Ruhestand gehen – mehr als die Hälfte der derzeit Beschäftigten. Das würde langfristig, wenn noch weniger junge Menschen bereit sind, den Lehrerberuf zu ergreifen, den Kollaps des Bildungssystems bedeuten.

Der VBE erneuert seine Aufforderung an alle Schulen, angesichts der Arbeitszeiterhöhung zu prüfen, was über den



Fotos: Albert Bongard



des – 12.000 mehr als die Veranstalter erwartet hatten. Allen, die zum Gelingen dieser machtvollen Demonstration beigetragen haben, ein herzliches Dankeschön!

Seit dem Beschluss der Landesregierung, die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer bei gleichzeitigen Gehaltseinbußen zu erhöhen, ist die Stimmung an den Schulen auf dem Nullpunkt. Die Kolleginnen und Kollegen fühlen sich von der Landesregierung im Stich gelassen. Das Maß ist endgültig voll! Deshalb haben Lehrerinnen und Lehrer gemeinsam mit den anderen Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes in Düsseldorf eindrucksvoll gezeigt, dass sie sich gemäß dem Motto des VBE-Plakats „Arbeitszeit rauf, Einkommen runter – nicht mit uns“ gegen weitere Verschlechterungen kraft-

trauen junger Menschen in die Berufschancen des Lehramtsstudiums. Es enttäuscht zutiefst alle, die gutgläubig der Werbekampagne der Landesregierung gefolgt sind, eine Lehrerausbildung begonnen oder abgeschlossen haben. Gleichzeitig ist es äußerst frustrierend für alle Beschäftigten, die seit Jahren dafür sorgen, dass das Bildungssystem trotz fehlender Ressourcen noch halbwegs funktioniert. Durch die geplante Arbeitszeiterhöhung fallen Stellen weg, durch die mehr als 5.000 junge Lehrerinnen und Lehrer eine Lebens- und Berufsperspektive gehabt hätten.

Abgesehen davon, dass sich durch eine Stunde Mehrarbeit die Situation in den Mangelfächern nicht spürbar verbessern wird, werden junge Menschen künftig der Landesregierung und ihren

Pflichtbereich hinaus noch leistbar ist. Diese Eigeninitiative und dieser Selbstschutz sind notwendig, da die Landesregierung die Fürsorgepflicht für ihre Beschäftigten nicht wahrnimmt, obwohl die Belastung der Lehrerinnen und Lehrer in zahlreichen Studien, die zum Teil von der Landesregierung selbst in Auftrag gegeben wurden, nachgewiesen worden ist. Deshalb war das, was in Düsseldorf am 24. September eindrucksvoll begann, erst der Auftakt. Es sei denn, die Landesregierung lenkt ein.

*Ulrich Dornemann*

Landesvorsitzender VBE-NRW



# Wir haben Flagge gezeigt!

von Albert Bongard

## 1. Gemeinsame Demo aller Gewerkschaften

Es war eine machtvolle Demonstration der Stärke – die Großdemo der Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes gegen die ungerechten Sparmaßnahmen der Landesregierung, die wie unheilvolle Sommergewitter über die Staatsdiener hereingebrochen sind.

Zum ersten Mal in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen hatten die Dachorganisationen DBB und DGB ihre vielen Teilgewerkschaften zu einer gemeinsamen Protestaktion am 24. September nach Düsseldorf gerufen, um auf den Wiesen vor dem Landtag ein deutliches Zeichen gegen den „Kahlschlag“ im Öffentlichen Dienst zu setzen: 10 % Gehaltseinbußen plus Mehrarbeit.

Es war der Tag, an dem für die Abgeordneten im Landtag die erste Beratungsrunde zu dem schlimmen „Verschlechterungsgesetz“ anstand.

Zwei nicht enden wollende Menschenzüge schoben sich vom Hauptbahnhof durch die Innenstadt und von Oberkassel über die Rheinbrücke zum Platz vor dem Landtag, wo der Höhepunkt der Kundgebung stattfand.

Auch wenn Fenster und Türen des Landtagsgebäudes verschlossen geblieben sind, wird den Politikern der Pro-

testlärm der Trommeln und Pfeifen in den Ohren geklungen haben, wird das Bild der vielen tausend Transparent- und Fahnenträger, die aus allen Teilen des Landes zusammengeströmt waren, sich ihrem Auge und Gedächtnis nachhaltig eingeprägt haben.

Eines dürfte feststehen: Die Politik müsste schon taub und blind sein, wenn ihr nicht deutlich geworden ist, dass hier ein „Heer“ von enttäuschten und verbitterten Wählern die geplanten Maßnahmen nicht kampflos hinnehmen wird. Die Quittung für diese Regierungspolitik wird spätestens bei den nächsten Wahlen präsentiert.

## 2. Präsenz des VBE in Düsseldorf

Auch der VBE konnte – wie es der VBE-Landesvorsitzende in seiner Kolumne beschreibt (s. o.) – viele Mitglieder und Sympathisanten mobilisieren, sich auf den Weg nach Düsseldorf zu machen.

Nicht nur aus dem Düsseldorfer Umland waren sie mit Bussen und der Bahn angereist, sondern auch aus den fernen Landesteilen, dem südwestlichen Rheinland, dem Ruhrgebiet und den Regierungsbezirken Arnsberg, Münster, Detmold.

Die Mitarbeiter der Dortmunder VBE-Geschäftsstelle hatten alle Hände voll zu tun, um die weißen VBE-Fahnen und grünen Ballons auszuteilen.

Zugegeben – der Termin 24.09., zu Anfang des Schuljahres, war äußerst ungünstig. Aber den Zeitpunkt konnten wir uns nicht aussuchen. Der wurde höheren Orts durch den Zwang der Ereignisse bestimmt. Eine VBE-Teilnehmerin brachte es auf den Punkt: „Wenn wir heute nicht Flagge zeigen, wann dann. Ich habe mich loseisen können. Und ich muss mich nach Ende der Demo mächtig sputen. Heute Abend steht meine erste Elternversammlung an.“

## 3. Protestreden vor dem Landtag

Von einer erhöhten Dachtribüne aus richteten die Hauptredner der Veranstaltung, die Gewerkschaftsvorsitzenden Ralf Eisenhöfer (DBB) und Walter Haas (DGB) in ihren zündenden Protestreden, die lautstark vom Beifall der 32.000 Demonstranten begleitet wurden, heftige, unmissverständliche Worte in Richtung Landtag.

Beide Redner betonten die Gemeinsamkeit der Aktion von Beamtenbund, Tarifunion und Deutschem Gewerkschaftsbund. Gemeinsam wollten sie die Signale wieder richtig stellen.

Der DBB-Landesvorsitzende Eisenhöfer sprach von Signalen für gute Leistungen des Öffentlichen Dienstes, Signalen gegen den Abbau von tausenden Arbeitsplätzen, Signalen gegen Gehaltskürzungen und Sozialabbau. Das sog. „Düsseldorfer Signal“ der Regierungsparteien sei demgegenüber genau das Gegenteil. Der DBB-Vorsitzende weiter: Angesichts der geplanten Kürzungen hätten die Beschäftigten des Öffentli-



Der DBB-Vorsitzende Ralf Eisenhöfer während seiner Protestrede

chen Dienstes auch nach einer künftigen Steuerreform weniger in der Tasche als vorher und fielen damit als Konsumenten für den erwarteten Konjunktur- und Wirtschaftsaufschwung aus.

Die Abgeordneten wurden von ihm deutlich davor gewarnt, das „Beschneidungsgesetz“ zu verabschieden. Eisenhöfer wörtlich: „Macht Schluss mit Steuergeschenken an Großunternehmen! Macht Schluss mit unzeitgemäßen Subventionen! Habt Mut zu sachgerechten Entscheidungen. Greift nicht erneut eurem Personal in die Taschen. Und – wo ist euer Signal zur Reduzierung der Diäten? Sonst habe ich die Befürchtung, dass sich 600.000 Beschäftigte und ihre Familien bei den Wahlterminen in 2004 und 2005 an euch erinnern – oder eben nicht erinnern werden!“

Eisenhöfer abschließend: „Ich verspreche euch nicht, dass wir das Gefecht gewinnen. Wer kämpft, kann verlieren! Wer nicht kämpft, hat schon verloren!“

Der DGB-Vorsitzende Haas wandte sich vor allem gegen ein „reduziertes Demokratieverständnis“ der aktiven Politiker. Die Kürzungsabsichten seien

schlimm genug. Noch schlimmer sei jedoch, dass sie einseitig per Gesetz und Verordnung durchgesetzt werden sollen. Statt auf Augenhöhe mit den Gewerkschaften und Berufsverbänden zu verhandeln, würde von oben verordnet.

„Verhandeln statt verordnen! Diese alte Forderung ist aktuell wie nie zuvor. Es ist in einem modernen, in einem demokratischen Staat nicht hinnehmbar, dass sich die „Dienstherren“ so über die Köpfe der Betroffenen und ihre Gewerkschaften und Verbände hinwegsetzen. Wir fordern die Landesregierung auf: Tretet in Gespräche und Verhandlungen mit uns ein, bevor ihr einseitig Entscheidungen trefft!“

Haas wandte sich insbesondere auch dagegen, dass die Haushaltskonsolidierung einseitig zu Lasten der Beschäftigten ginge. „Mein Appell an die Landesregierung, an die Landtagsabgeordneten: Belastet nicht einseitig diejenigen, die unsere Kinder erziehen und unterrichten; die unsere Freunde und Helfer sein sollen, die schützen und Kriminalität bekämpfen, die im Justizvollzug und Gesundheitswesen schwere Dienste leisten; die Brände löschen und andere Katastrophen

bekämpfen müssen. Deshalb weg mit dem Spardiktat!“

Haas zur Arbeitszeiterhöhung: „Es ist ein Hohn, die Arbeitszeit zu verlängern, wenn die Beschäftigten zugleich riesige Berge von Überstunden vor sich herschieben.“ (So etwas gibt es auch zur Genüge im Schuldienst, nur dass die außerunterrichtlichen Überstunden weitgehend nicht registriert bzw. festgehalten werden. Anmerkung des Verfassers.)

#### 4. Fazit

Die gemeinsame Kampfbereitschaft der Gewerkschaften wird über den 24. September andauern. Die Fahnen sind nicht eingerollt. Der VBE wird mit seinen verbündeten Organisationen die Auseinandersetzung des „heißen Herbstes“ fortsetzen, bis die verantwortlichen Politiker einlenken und eine gerechtere Lösung trotz knapper Kassen gefunden haben.

10 % Gehaltseinbußen bei Mehrarbeit sind auch dem „treuesten Staatsdiener“ nicht zuzumuten. Die Not „Weimarer Verhältnisse“ werden wir nicht zulassen.

## VBE-aktuell

### Am Beginn des neuen Schuljahres

In der WAZ Düsseldorf schreibt der Leitartikler Ulrich Horn zu Anfang seiner Kolumne über die Schuljahrespressekonferenz der Ministerin: „Im neuen Schuljahr wird vieles anders. Selten wurde der Start in ein neues Schuljahr von so viel Turbulenzen und Irritationen für Lehrer und Eltern begleitet wie in diesem Jahr. (...) Die Ministerin mühte sich auch gestern (11.09.03) redlich, die Schulpolitik der Landesregierung positiv zu präsentieren.“

### So sieht es die Ministerin

– Wichtiges aus der Schuljahrespressekonferenz –

Sehr geehrte Damen und Herren,

Vor uns liegt ein neues Schuljahr, von dem ich glaube, dass wir mit Fug und Recht sagen können, es wird wichtige und wegweisende neue Akzente setzen. Wir stehen am Anfang einer Entwicklung, die das Schulsystem in NRW, aber

auch insgesamt in Deutschland, grundlegend verändern wird. (...)

Die Pressekonferenz zu Beginn eines neuen Schuljahres ist aber auch traditionell der Zeitpunkt, an dem wir über aktuelle Daten, beispielsweise zu den Schülerzahlen oder zur Lehrerversorgung informieren – und auch hier die

gute Nachricht vorweg: Wir haben nahezu alle Stellen besetzen können – und das, obwohl die Zahl der Lehrerstellen für das kommende Schuljahr um 1.329 über der des alten Schuljahres liegt. So wenig offene Stellen wie in diesem Jahr – 146 über alle Schulformen hinweg – hatten wir seit mehreren Jah-

ren nicht mehr. (...)

Die Entscheidung, dass die Arbeitszeiterhöhung für die Landesbeamten – die im Schulbereich ja bedeutet, dass Lehrerinnen und Lehrer eine Stunde mehr unterrichten sollen – wird nicht zum Stellenabbau an den Schulen führen. (...)

Sie wissen, dass es die politische Absichtserklärung dieser Landesregierung war, in dieser Legislaturperiode 6.100 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen – für neue Unterrichtsangebote, Entlastungen und zum Ausgleich steigender Schülerzahlen. Rund 3.100 dieser zusätzlichen Stellen sind mit dem nunmehr beginnenden Schuljahr realisiert, 3.000 stehen noch aus. Der Ministerpräsident hat ihnen gestern mitgeteilt, dass die zusätzliche Unterrichtsstunde, die unsere Lehrerinnen und Lehrer vom kommenden Jahr an leisten müssen, per Saldo einem Gegenwert von 4.000 Stellen entspricht. (...)

In diesem Schuljahr leisten noch rund 74.000 Lehrerinnen und Lehrer die so genannte „Vorgriffstunde“, im kommenden sollten es noch 35.000 sein und im Schuljahr 2005/2006 noch 34.000. Unsere Planungen sehen nun vor, dass bei einer Arbeitszeiterhöhung für alle Lehrerinnen und Lehrer ab 2004 die geplanten Vorgriffstunden entfallen. Denn wir wollen beispielsweise Grund- und Hauptschullehrern, die inklusive der Vorgriffstunde schon 28 Stunden pro Woche unterrichten, nicht noch eine weitere zusätzliche Stunde aufbürden. Deshalb ist der Ertrag einer höheren Unterrichtsverpflichtung nicht – wie mitunter zu lesen war – 5.000 Stellen, sondern zunächst nur 4.000 Stellen. (...)

Der Schulbereich macht derzeit – also im laufenden Haushalt 2003 – mit mehr als 11,5 Milliarden Euro rund 24 Prozent des nordrhein-westfälischen Gesamtetats aus. Und der Personalkostenanteil innerhalb des Schuletats liegt bei 89 Prozent. (...)

### **Schwerpunkte: Bildung und Ausbau der Ganztagsangebote**

Ich weiß, dass diese Schwerpunktsetzung im Interesse unserer Kinder auch durch eine zusätzliche Belastung der Landesbeamten und dabei eben auch der Lehrerinnen und Lehrer erfolgt. Ich möchte deshalb die Gelegenheit ergreifen, bei dieser so enorm wichtigen Berufsgrup-

pe dafür um Verständnis zu werben. Die Hinweise auf sichere Arbeitsplätze oder eine im Verhältnis zu anderen Ländern in Europa gute Bezahlung sind hinlänglich bekannt, doch in den Lehrerkollegien, das weiß ich aus eigener Erfahrung, kommen sie nicht sehr gut an. Sie mussten einfach schon zu häufig für andere Entscheidungen herhalten. Ich habe dafür Verständnis, denn in der Tat hat der Öffentliche Dienst, haben die Lehrerinnen und Lehrer, schon so manches Mal mit diesem Argument Sparbeiträge erbringen müssen. Aber ich will ganz offen sein. Die Alternative lautet schlicht: Belasten wir – wie alle anderen Landesbeamten – auch die Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich oder nehmen wir diese Gruppe aus und müssen damit auch bei der Ausbildung unserer Jugend sparen? Aus den eben genannten Gründen gab es da auch für mich keine Alternative. Und ich glaube, dass die meisten Lehrerinnen und Lehrer das, wenn auch zähneknirschend, ebenfalls so sehen. Sie sind eben keine Traumtänzer, sondern Realisten. (...)

Die entscheidende gute Nachricht habe ich Ihnen schon genannt. Wir haben nahezu alle Lehrerstellen besetzen können. Zum neuen Schuljahr treten 3.981 Lehrerinnen und Lehrer ihren Dienst neu an. Zusammen mit den 1.638 Lehrerinnen und Lehrern, die wir bereits unmittelbar nach Ende ihrer Referendarzeit im Februar eingestellt haben, liegt die Zahl der neu eingestellten Pädagogen damit bei 5.619. Damit sind nicht nur alle ausscheidenden Lehrerinnen und Lehrer wieder ersetzt worden – nicht überall dort wo sie ausscheiden, denn die Lehrerstellen richten sich ja nach den Schülerzahlen –, sondern auch 1.329 zusätzliche Stellen geschaffen worden. Damit liegt die Zahl der Lehrerplanstellen für das kommende Schuljahr bei 143.890 gegenüber 142.561 im abgelaufenen Schuljahr.

Derzeit sind noch 146 Stellen offen, gut die Hälfte davon an den Berufskollegs. Diese Bilanz ist ein enormer Erfolg unserer Einstellungsbehörden. (...)

Allerdings wäre diese erfolgreiche Einstellungspraxis nicht möglich gewesen ohne Seiteneinsteiger oder so genannte Umsteiger. So sind unter den 5.619 neuen Lehrerinnen und Lehrern dieses Jahres 740 keine ausgebildeten Pädagogen, 353 davon werden an den Berufskollegs unterrichten – natürlich werden alle Sei-

teneinsteiger qualifiziert, ich darf nur an den neuen berufsbegleitenden Vorbereitungsdienst erinnern. Ferner konnten 24,4 Prozent aller Stellen an den Hauptschulen nur besetzt werden, weil sich Primarstufenlehrkräfte darauf bewarben. (...)

Damit bin ich bei den Schülerinnen und Schülern. Deren Zahl erreicht zum neuen Schuljahr mit 2.902.570 den höchsten Stand seit 20 Jahren. (...)

Sinkende Schülerzahlen haben wir bereits jetzt in den Grundschulen. Allerdings ist die Zahl der i-Dötzchen, die in der kommenden Woche eingeschult werden, in diesem Jahr mit 195.270 um 4.570 oder 2,4 Prozent höher als vor einem Jahr. Die Gesamtzahl über alle vier Jahrgangsstufen der Grundschule liegt allerdings um 0,7 Prozent unter dem des Vorjahres. In der Sekundarstufe I und vor allem in der Sekundarstufe II steigen die Schülerzahlen hingegen weiter an. (...)

Zum Anteil ausländischer Schülerinnen und Schüler, zu den durchschnittlichen Klassengrößen, zu den Übergangsquoten von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen, gibt es keine gravierenden Veränderungen. (...)

### **Neuerungen:**

Da ist zum Ersten das neue Fach „Englisch“ in der Grundschule. Alle Kinder, die nun ins 3. Schuljahr kommen, werden darin unterrichtet. Ihre Stundentafel wird dazu um zwei Stunden erhöht. Auch die Entscheidung, an der Einführung des neuen Faches trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen festzuhalten, zeigt, dass wir nicht an unseren Kindern sparen werden. Rund 4.400 Lehrerinnen und Lehrer haben sich für das neue Fach in umfangreichen Sprachkursen fortgebildet. Gemeinsam mit den 2.200 Pädagogen, die als Lehrer mit dem alten Lehramt Grund- und Hauptschule in unseren Grundschulen arbeiten und die Englisch studiert haben, ist damit gewährleistet, dass an jeder unserer Grundschulen mindestens eine Kraft zur Verfügung steht, die das neue Fach auch unterrichten kann. Die Note im Fach Englisch wird in den ersten vier Jahren nach der Einführung nicht versetzungsrelevant sein – das ist ein Entschluss, den alle vier Fraktionen des Landtages gemeinsam gefasst haben. Zunächst sollen Erfahrungen mit dem neuen Fach gesammelt werden – vor allem auch mit Blick auf die

Migrantenkinder.

Zum Zweiten sind die offenen Ganztagsgrundschulen zu nennen. 235 gehen am Montag an den Start. Hierüber haben Sie im Vorfeld ausführlich berichtet. Ich bin überzeugt, dass die offene Ganztagsgrundschule unseren Schulalltag weit mehr verändern wird, als viele Reformen und Veränderungen der vergangenen Jahre. (...)

Eine weitere wesentliche Neuerung betrifft die Anmeldungen zur Einschulung. Sie müssen für das kommende Schuljahr bereits in den kommenden Wochen, spätestens jedoch bis zum 15. November dieses Jahres erfolgen. Bei der Anmeldung werden die Lehrerinnen und Lehrer auch auf die Sprachentwicklung der Kinder achten – und gegebenenfalls die Teilnahme an vorschulischen Sprachkursen empfehlen. (...)

Neu im kommenden Schuljahr sind auch die Förderempfehlungen für versetzungsgefährdete Schülerinnen und Schüler, die mit dem Halbjahreszeugnis vorgelegt werden. Eine Handreichung für die Lehrerinnen und Lehrer wird in den nächsten Wochen vorliegen.

Sehr geehrte Damen und Herrn, lassen Sie mich zum Schluss noch einen kleinen Ausblick auf Dinge tun, die schon in diesem Jahr ihre Schatten vorauswerfen. (...) Wir stellen in der Schulpolitik die Weichen neu. Dabei ist unser Ziel: Wir wollen weg von der kleinteiligen, auch bürokratischen Gängelung unserer Schulen, hin zu einer selbstständigen, kreativen Schule. Wir wollen weg von

der Detailsteuerung, hin zur Ergebnissteuerung.

Ein zentrales Element auf diesem Weg ist nicht nur das Modellprojekt „Selbstständige Schule“ – die Gesamtzahl der Schulen wird sich mit dem neuen Schuljahr übrigens um 41 auf 278 erhöhen – aber zu diesem Modellprojekt in einigen Wochen mehr. (...)

Zu mehr Freiheit und Selbstverantwortung gehört aber auch mehr Transparenz. Wir wollen deshalb jeder Schule Einblick geben in ihren nach den gesetzlichen Bestimmungen errechneten Stellenbedarf. Dieses Schulkonto soll ihnen noch in diesem Jahr offengelegt werden. (...)

Transparenz heißt aber auch, mehr Erkenntnisse über das gewinnen, was Schulen wirklich leisten. Denn auf dem Weg zu mehr Freiheit wird auch die Ergebnissicherung immer wichtiger. Wir wollen Ziele definieren, Bildungsstandards auf Bundesebene einführen und in konkrete Kernlehrpläne auf Landesebene umsetzen. Und wir wollen den Weg zu diesen Zielen mit einer Ergebnis-Rückmeldung für die Schulen, also für die Lehrerinnen und Lehrer begleiten. Das Instrument dazu ist Ihnen bekannt, wir haben es „Lernstandserhebungen“ genannt. Sie sollen vom Schuljahr 2004/2005 an in Deutsch und Mathematik in der Klasse vier bzw. in der Klasse neun in Deutsch, Englisch und Mathematik landesweit eingeführt werden. Um bei diesem ersten flächendeckenden Testverfahren aber möglichst aussagekräftige Ergebnisse zu bekommen, wer-

den an rund 100 Grundschulen und wahrscheinlich noch etwas mehr weiterführenden Schulen in NRW bereits in diesem Jahr so genannte Vorläufertests erfolgen.

Für die Grundschulen haben wir eine Kooperation unter mehreren Bundesländern vereinbart. So werden wir diese Lernstandserhebungen gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Berlin, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern erarbeiten. Wie es Kooperationen so an sich haben, kann es dabei auch schon mal zu neuen Namensgebungen kommen. Und so heißen unsere Lernstandserhebungen künftig auch „Vergleichsarbeiten“ (VERA), was aber nichts mit den bei uns bisher schon üblichen Parallelarbeiten auf Schulebene zu tun hat.

Meine Damen und Herren, ein anderes Klima durch ganztägige Schulangebote, durch mehr Selbstständigkeit, durch größere Freiheiten auf dem Weg zu klarer definierten Zielen, die durch landesweite Lernstandserhebungen – und in ihrer Folge auch durch teilzentrale Abschlussprüfungen für den mittleren Schulabschluss sowie für das Abitur gesichert werden – das alles sind nicht mehr und nicht weniger als entscheidende Schritte hin zu einem Paradigmenwechsel im deutschen Schulsystem: (...) Ich bin überzeugt, dass unser Schulsystem in einigen Jahren anders aussehen wird als heute – und wir wieder Anschluss an die internationale Spitze finden werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## Lehrereinstellungsverfahren zum Schuljahr 2003/2004

Im Lehrereinstellungsverfahren für das neue Schuljahr wurden insgesamt 5.619 Personen in den Schuldienst des Landes NRW eingestellt. Zur Zeit gibt es noch 146 offene Stellen, die zurzeit in LEO (Lehrereinstellung Online) veröffentlicht sind.

Verteilt auf die einzelnen Schulformen ergibt sich folgendes Bild:

Schulform	Einstellungen gesamt	offene Stellen gesamt
Grundschule	833	7
Hauptschule	1046	13
Realschule	520	16
Gesamtschule	554	21
Gymnasium	728	6
Sonderschule	721	4
Berufskolleg	1121	76
Weiterbildungskolleg	96	3
<b>Gesamt</b>	<b>5619</b>	<b>146</b>

## Klassenfrequenzen im Schuljahr 2003/2004

	Grundschule	Hauptschule	Realschule	Gymnasium	Gesamtschule	Schule für Lernbehinderte
(voraussichtl.)	23,5	23,0	27,8	27,5	28,2	13,6

## Ausländische und ausgesiedelte Schülerinnen und Schüler im Schuljahr 2003/2004

Die Zahl der ausländischen Schülerinnen und Schüler in den allgemein bildenden Schulen (ohne Sonderschulen) liegt im Schuljahr 2003/2004 mit 282.400 um 1.528 (0,5 v. H.) über der Vorjahreszahl. Der Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an der Schülergesamtzahl dieser Schulformen ist mit 12,9 v. H. im Vergleich zum letzten Schuljahr konstant geblieben. Gut die Hälfte der ausländischen Schülerinnen und Schüler (141.690) hat die türkische Staatsan-

gehörigkeit. In der Grundschule sind 15,8 v. H. der Kinder ausländischer Herkunft. Von den weiterführenden Schulen hat die Hauptschule mit 22,4 v. H. den höchsten Ausländeranteil, gefolgt von der Gesamtschule mit 16,6 v. H., im Gymnasium liegt er mit 4,9 v. H. am niedrigsten.

Die Gesamtzahl der ausgesiedelten Schülerinnen und Schüler beträgt im Schuljahr 2003/2004 in den allgemein bil-

denden Schulen (ohne Sonderschulen) 94.766; ihr Anteil an der gesamten Schülerzahl liegt bei 3,8 v. H. Die Gesamtzahl ist gegenüber dem letzten Jahr um gut 7.600 gesunken. Die überwiegende Zahl ausgesiedelter Schülerinnen und Schüler wird in der Grundschule mit etwa 27.600 (3,6 v. H. der Schülerzahl) und in der Hauptschule mit gut 28.800 (9,9 v. H. der Schülerzahl) unterrichtet.

## Aus der Presse

### Bumerang

von Andrej Priboschek

Kanzler Schröder versprach einst vollmundig, die Zahl der Arbeitslosen innerhalb einer Legislaturperiode zu halbieren. Dass er dies nicht einhalten konnte, kostete ihn bei der letzten Wahl fast das Amt. Als Ministerpräsident versprach Wolfgang Clement vor gar nicht so langer Zeit die größte Bildungsreform seit den 60er-Jahren. Die Zahl der Lehrerstellen in NRW werde dafür bis 2005 um 6.100 erhöht – und auch dieses Versprechen dürfte Rot-Grün noch übel aufstoßen. Denn die Koalition im Land

sieht sich offenbar außer Stande, das selbst gesetzte Ziel zu erreichen. Anders sind die öffentlichen Zahlenspiele nicht zu erklären.

Da mag Bildungsministerin Schäfer so viel schönrechnen, wie sie will: Mehr Arbeit für Lehrer ist nicht das gleiche wie mehr Lehrer.

Das Signal ist verheerend. PISA hat den Schulen im Land bescheinigt, nur wenige Spitzenschüler, aber viele Alphabeten hervorzubringen. Selbst im innerdeutschen Vergleich schneidet

NRW größtenteils schlecht ab. Es liegt also viel im Argen. Entsprechend groß ist der Reformbedarf. Clement hat ja Recht: Wir *brauchen* die größte Bildungsreform seit den 60er-Jahren. Angestoßen sind einige Neuerungen. Insgesamt aber ist viel zu wenig passiert. Und das hat vor allem einen Grund: Es gibt zu wenig Lehrer. Innovationen bringen nichts, wenn das Personal fehlt, sie umzusetzen.

Das bedeutet nicht, dass Lehrern keine Mehrarbeit zuzumuten ist.

## Statt mehr Lehrer gibt's wohl nur mehr Arbeit für Lehrer

Düsseldorf. Die rot-grüne Landesregierung wird offenbar nicht – wie versprochen – in dieser Legislaturperiode 6.100 zusätzliche Lehrerstellen schaffen. Die

von Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) am Vortag angekündigte Arbeitszeitverlängerung um eine Unterrichtsstunde pro Woche und Pädagoge sei

gleichbedeutend mit einem Plus von 4.000 Stellen, rechnete Bildungsministerin Ute Schäfer (SPD) gestern vor. Weil schon rund 3.000 Stellen neu eingerich-

tet worden seien, habe Rot-Grün in der Summe „die Substanz des Stufenplans erfüllt“. Ob darüber hinaus zusätzlich Lehrer eingestellt werden könnten, hänge vom Verlauf der Haushaltsberatungen ab, sagte Schäfer. Einen Stellenabbau werde es jedenfalls nicht geben. Empört zeigten sich die Opposition, Lehrerverbände und der Bundeselternrat. Dessen Vorsitzende Renate Hendricks sprach von einer „Zahlenmanipulation“.

Sylvia Löhrmann, Fraktionschefin der Grünen im Landtag, verteidigte die neue Rechnung: „Wir sind in einer so katastrophalen Finanzlage wie seit dem Krieg nicht mehr.“ Deshalb sei es legitim, auch den Lehrern einen Beitrag abzuverlan-

gen. Die Schüler hätten nicht darunter zu leiden, „schließlich halten wir unser Versprechen eines verbesserten Unterrichtsangebotes aufrecht“.

Das sieht Bernhard Recker, schulpolitischer Sprecher der NRW-CDU, anders. Er warf der Landesregierung Wortbruch vor. Ihre „Milchmädchen-Rechnung“ gehe nicht auf. „Ein Deutsch- oder Englischlehrer kann nicht die Lücken schließen, die es in Mangelfächern wie Physik oder Chemie gibt“, erklärte er. Am Unterrichtsausfall werde sich nichts ändern.

Elternsprecherin Hendricks sieht angesichts des großen Reformbedarfes schwarz für die Schulen im Land. Rot-

Grün habe etliche Neuerungen angestoßen, verschlechtere aber laufend die Rahmenbedingungen. Der Verzicht auf 3.100 zusätzliche Stellen sei „das absolut falsche Signal, um in einen Reformprozess hineinzugehen“. Von den Lehrern sei nun zu erwarten, dass sie ihr Engagement auf ein Minimum reduzierten. Wozu der Lehrerverband Bildung und Erziehung seine Mitglieder auch schon aufgefordert hat. Sie sollen Zusatzleistungen – darunter Klassenfahrten, aber auch ihren Einsatz für Modellprojekte wie die Selbstständige Schule – prüfen.

(Leitartikel: Bumerang)

**Rheinische Post**  
vom 11.09.03

## Schulministerium will Qualitätstests einführen

**Düsseldorf (dpa/lnw)** – Zur besseren Vergleichbarkeit von Lernergebnissen plant das NRW-Schulministerium gemeinsam mit fünf weiteren Bundesländern die Einführung von landesweiten Tests in den Klassen 4 und 9. Diese jährlichen so genannten Lernstandserhebungen sollen den Lehrern helfen, die Leistungen ihrer Schüler an einheitlichen Standards zu messen, teilte Schulministerin Ute Schäfer (SPD) am Donnerstag (11.09.03) in Düsseldorf mit. Die Tests seien ein „neues Instrument der Qualitätssicherung und -entwicklung“.

Die „Vergleichsarbeiten“ sollen in der 4. Klasse in den Fächern Deutsch und Mathematik erfolgen. In Klasse 9 soll zusätzlich Englisch getestet werden. Nach Erprobungsstudien noch in diesem Jahr sollen die Tests im Herbst 2004 erstmals an allen Grund- und weiterführenden Schulen des Landes vorgenommen werden. Die Erhebung soll in Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Bremen, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern erfolgen und wissenschaftlich begleitet werden.

Bei der traditionellen Pressekonferenz zum bevorstehenden Schuljahresbeginn warb Schäfer (SPD) bei den Lehrern um Verständnis für die geplante Arbeitszeitverlängerung um eine Wochenstunde. Die Erhöhung der Arbeitszeit für die Landesbeamten führe nicht zu Stellenabbau an den Schulen, betonte die Ministerin. Vielmehr sei sichergestellt, dass die Lehrer mehr arbeiteten, um den

Unterricht zu sichern und nicht, um den Landeshaushalt zu sanieren. Bildung und Ausbau der Ganztagsangebote blieben zwei Schwerpunkte der Landesregierung. Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) hatte eine entsprechende Kabinettsentscheidung am Mittwoch bekannt gegeben. Die geplante Neuregelung soll vom 1. Februar 2004 an gelten.

Die Mehrarbeit entspreche einem Gegenwert von 4.000 Stellen, sagte Schäfer weiter. Die Landesregierung hatte angekündigt, in der laufenden Legislaturperiode 6.100 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen. 3.100 dieser Stellen sind bereits besetzt. Die noch ausstehenden 3.000 Stellen seien nun mit den 4.000 „von der Substanz her quasi schon geschaffen“, meinte Schäfer. Ob nun zusätzliche Lehrer eingestellt würden, hänge von den weiteren Haushaltsberatungen ab.

Die CDU kritisierte die Berechnungen als „Milchmädchen-Rechnung“ und „Wortbruch“. „Rot-Grün hat 6.100 neue Lehrer versprochen. Dann muss Rot-Grün auch 6.100 neue Lehrer einstellen“, erklärte der bildungspolitische Fraktionssprecher, Bernhard Recker. Die FDP kritisierte eine ihrer Meinung nach „absehbaren Unterrichtsausfall“.

Trotz einer Rekordzahl an Schülern und neuen Pflichtaufgaben in der Schule bleibe die Personalsituation unbefriedigend, erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Ralf Witzel.

Auch die Lehrgewerkschaft Verband Bildung und Erziehung (VBE) in Dortmund kritisierte die NRW-Schulpolitik. Der Unterrichtsausfall werde weiterhin auf hohem Niveau stagnieren. „Der fachspezifische Lehrermangel, insbesondere in der Hauptschule, kann auch angesichts von 740 Seiteneinsteigern nicht schön geredet werden“, meinte der VBE-Landesvorsitzende Udo Beckmann.

Die Einstellungschancen von jungen Lehrern sind nach Angaben der Ministerin auch in den kommenden Jahren gut. So würden 2004 mindestens 5.500 Lehrerstellen besetzt. Die Schülerzahlen im neuen Schuljahr steigen nach Angaben Schäfers um 0,6 Prozent auf 2,9 Millionen und erreichen damit den höchsten Stand seit 20 Jahren. Der Ausländeranteil bleibt mit 12,9 Prozent unverändert gegenüber dem Vorjahr.

### Klassenfahrten an die ostfriesische Küste

- in Norden und Neßmersiel sowie Orten „hinter den Deichen“
- Jugendgästehäuser mit Halb-/Vollpension
- Zimmer mit DU/WC/Appartement
- Tolle Programme, Wattwanderung, Norderney
- Fahrten per Bus oder Bahn möglich
- Prospekte / individuelle Angebote

Jugendwerk Brookmerland, 26529 Leezdorf  
Tel. (04934) 804257 · Fax (04934) 7827  
e-mail: Gronewold@Klassenfahrt-Nordsee.de



## So sieht es der VBE:

# Unser Kommentar zur Schuljahrespressekonferenz

„Die heutige Schuljahrespressekonferenz hat deutlich gemacht, dass die Landesregierung weiterhin nicht in der Lage ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass NRW den Anschluss an die nationale und internationale Leistungsspitze erreichen wird. Darüber kann auch die Einführung von Englisch in der Grundschule und der Beginn des zweifelhaften Projekts „Offene Ganztagschule“ nicht hinwegtäuschen“, kommentiert der Verband Bildung und Erziehung, die Schuljahrespressekonferenz von Ministerin Schäfer.

„Die heute vorgelegten Zahlen und Erklärungen der Ministerin machen deutlich, dass NRW's Schülerinnen und Schüler auch in den kommenden Jahren

weniger Unterricht erhalten werden als in anderen Bundesländern“, so der VBE.

Der Unterrichtsausfall wird weiterhin auf hohem Niveau stagnieren und der fachspezifische Lehrermangel insbesondere in der Hauptschule kann auch angesichts von 740 Seiteneinsteigern nicht schöngeredet werden.

Der Stufenplan „Verlässliche Schule“ wird anstatt durch Neueinstellungen durch Mehrarbeit finanziert, d. h. die Belastung der Lehrerinnen und Lehrer im System steigt. Die Erhöhung des Krankenstandes dürfte die Folge sein.

Die Verlängerung der Lehrerarbeitszeit wird dazu führen, dass die Kollegen/-innen, die am Projekt „Selbstständige Schule“ teilnehmen, die weitere Teilnahme auf den Prüfstand stellen werden.

Der VBE wird alle Schulen auffordern, außerunterrichtliche Zusatzleistungen einzustellen und sich auf die Pflichtaufgaben zu beschränken. Dazu gehört auch, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, freiwillige Mehrarbeit abzulehnen. Schulleiterinnen und Schulleitern wird empfohlen, den Vertretungsrahmen nicht auszuschöpfen.

Angesichts der gerade im Grundschulbereich auf die Lehrerinnen und Lehrer zukommenden massiven Mehrbelastungen ist die Arbeitszeiterhöhung demotivierend und kontraproduktiv. Der VBE wird diese unselige Maßnahme weiterhin mit allen Mitteln bekämpfen.

## Schulpraxis



### Mehr Ruhe in den Grundschulen?

von Andrea Langhans, stv. Landesvorsitzende

„Es soll endlich Ruhe in die Grundschulen einkehren“, ließ die neue Ministerin Ute Schäfer bei ihrem Amtsantritt verlautbaren. Denn bereits unter Gabriele Behler mussten die Grundschulen – wie andere Schulformen auch – neben ihrer Unterrichtsverpflichtung, ihren Beratungstätigkeiten etc., aktive Schulprogrammarbeit leisten. D. h. außerhalb des Unterrichtes wurden Konzepte für alle möglichen (sinnigen oder unsinnigen) Bereiche erarbeitet und evaluiert:

1. Entwicklung der Methodenkompetenz,
2. Verkehrserziehung,
3. Fortbildung,
4. Gesundheitsförderung,
5. Sicherheit/Gefahrstoffe,

6. Gleichstellung,
7. Kooperation mit anderen Schulformen und außerschulischen Partnern,
8. Anwendung der Medien im Unterricht,
9. Vertretungsunterricht,
10. Beratung,
11. Ausbildung von LAA/Referendaren,
12. Individuelle Förderung,
13. Streitschlichtung,
14. Betreuung,
15. Bildungs- und Erziehungsvereinbarungen.

Nun hofften die Grundschulen, dass mit der neuen Ministerin endlich die unter Kolleginnen generell als Arbeitsbeschaffungsprogramme bezeichneten Aktivitäten auf das notwendige Minimum eingeschränkt würden. Doch im Gegenteil, als Antwort auf PISA (und IGLU) bürdet man den Grundschulen eine Fülle wei-

terer Entwicklungsaufgaben auf, angeblich zur Verbesserung der Unterrichtsqualität. Da sich die hierfür erstellten ministeriellen Handreichungen schlichtweg als konzeptlos darstellen, müssen die Kollegien vor Ort standortbezogene Umsetzungen erarbeiten. Wie immer übt die Schulaufsicht Druck auf die Schulleitungen aus (schließlich sind wir ja auf dem Weg zur „Selbstständigen Schule“). Und so sitzen die Lehrerinnen bereits jetzt an Konzepten

- zur Sprachstandserhebung,
- zur vorschulischen Sprachförderung,
- zur Gestaltung der flexiblen Eingangsstufe,
- zum Englischunterricht in der GS,
- zu den neuen Richtlinien und Lehrplänen,
- zu den Ganztagsmodellen,
- zur Förderdiagnostik.

Wie in der Grundschule üblich, wird selbstverständlich nicht nur die Konzept-erarbeitung, sondern auch die praktische Durchführung zum Nulltarif durchgeführt. Irgendwie werden sie das schon schaffen, denn es gab ja auch in der Vergangenheit maximal zwei Anrechnungstunden pro Schule. Dabei wird allein für die Einwerbung von so genannten Drittmitteln in größeren Schulsystemen eine halbe Lehrerstelle eingesetzt. Die GS-Schulleiterinnen, die zumeist „nebenbei“ noch Klassenlehrerinnen sind, sitzen am Wochenende an Ausschreibungen, Bewerbungstexten, Berichten und anderen Verwaltungsaufgaben, die Lehrerinnen an ihren „Hausaufgaben“. Ein Unding!

Offensichtlich ist völlig in Vergessenheit geraten, dass 52 % der GS-Lehrerinnen in Teilzeit arbeiten und alle außerschulischen Aufgaben voll erledigen müssen mit der Hälfte des Gehaltes. Eine Vollzeitkraft unterrichtet im besten Alter

(zwischen 30 und 50) 28 Stunden und ist bei A 12 eingestuft. GS-Schulleiterinnen werden oftmals nur nach A 12 mit Fußnote (126,- Euro brutto) bezahlt. Für ihre Leistungen erhalten sie zwar keine finanzielle Anerkennung, aber dafür eine Menge Fleißkärtchen.

Auch das ist vielen – insbesondere den Journalisten – nicht klar: Der durchschnittliche Bruttoverdienst einer Vollzeitkraft in der Grundschule liegt bei 3153,- € (A 12, verheiratet, ohne anrechenbare Kinder). Netto verbleibt bei einem Steuersatz von 25 % und nach Abzug der Beiträge an die PKV ein Einkommen von 1935,- €. Hierfür wurden 2 Staatsexamina absolviert. Zählen wir also wirklich zu den Privilegierten, denen auch noch das Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie Gehaltserhöhungen gekappt werden können? Ist das eine leistungsbezogene Besoldung? Müssten wir nicht mehr statt weniger fordern,

damit der Beruf der Grundschullehrerin auch in den Augen der Männer endlich etwas „wert“ ist?

Alle Belastungsstudien im Lehrerbereich prangern die hohe Quote von psychosomatischen Erkrankungen an, insbesondere bei Frauen. Es ist wissenschaftlich bewiesen, dass eine „objektive Überforderung“ in Krankheit mündet und damit in die Frühpensionierung. Dieses gilt auch für fehlende Anerkennung. Leider neigen gerade Frauen zu einer ausgeprägten Duldsamkeit. Keine Proteste, schlucken und erdulden. Wir tun es ja für „unsere Kinder“!

Wenn unter Ruhe in den Grundschulen das Abspecken der Arbeitsprogramme zu verstehen ist, ist diese Forderung nur zu unterstützen. Wenn Ruhe allerdings das Stillhalten von Grundschullehrerinnen meint, plädiere ich für mehr Unruhe!

## Einer von vielen – Brief einer Hauptschule an die Ministerin

**Sehr geehrte Frau Ministerin Schäfer,**

mit Verärgerung und großer Enttäuschung haben wir in diesen Tagen der Presse entnommen, dass die Landesregierung beschlossen hat, auch die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer heraufzusetzen. Wir Lehrkräfte an einer Hauptschule protestieren energisch gegen dieses Vorhaben.

Das Maß unserer Belastung ist in den letzten Jahren im Vergleich zu anderen Berufsgruppen überproportional gestiegen, was sich bis in den Bereich gesundheitlicher Schädigungen dramatisch auswirkt (vgl. z. B. die Belastungsstudie der Universität Potsdam 2003). Das Verhalten schwieriger Schüler und die hohen Klassenstärken sind Arbeitsbedingungen, die uns resignieren lassen, weil wir uns mit diesen Problemen politisch allein gelassen fühlen.

Nach PISA sind sich alle Verantwortlichen einig, dass mehr in Erziehung und Bildung investiert werden muss. Mit den jetzt beschlossenen Maßnahmen zur Sanierung des Landeshaushaltes sind diese

erst kürzlich beschworenen Absichtserklärungen der Bildungspolitiker wohl kaum zu vereinbaren!

Kinder brauchen Zeit und Zuwendung. Wir Lehrerinnen und Lehrer der Hauptschule versuchen in besonderem Maße, uns mit dem Auftrag unserer Schulform zu identifizieren und uns für die oftmals gestörten Schüler über unsere Kraft und Dienstzeit hinaus (vgl. Kienbaum-Gutachten) zu engagieren. Die beabsichtigte Erhöhung der Arbeitsverpflichtung empfinden wir als Zynismus. Sie verringert weiter unsere schon jetzt geringe Erholungs- und Widerstandsfähigkeit. Die wirklich Leidtragenden einer weiteren Belastungserhöhung der Lehrerinnen und Lehrer sind die Kinder!

Die Berufsgruppe der Lehrerinnen und Lehrer ist von den Arbeitszeitverkürzungen der letzten Jahrzehnte im übrigen öffentlichen Dienst nahezu ausgeschlossen worden: Während die wöchentliche Arbeitszeit dort von 48 auf 38,5 Stunden gesenkt wurde, blieb die Unterrichtsverpflichtung der Lehrkräfte im gleichen Zeitraum nahezu un-

verändert hoch. Dabei ist unsere Arbeitsverpflichtung als Hauptschullehrer schon immer und auch jetzt noch die höchste, ungeachtet der immer schwierigeren Arbeitsbedingungen. Wir arbeiten schon lange mehr als 41 Stunden in der Woche!

Schon jetzt zeigt sich ein (politisch zu verantwortender!) erheblicher Lehrermangel. Prognosen zeigen, dass in den kommenden fünf Jahren bis zu 10.000 (!) Lehrkräfte an den Schulen unseres Landes fehlen. Dabei ist für Berufseinsteiger aus vielerlei Gründen besonders die Hauptschule ein offensichtlich wenig attraktiver Arbeitsplatz. Die von der Landesregierung beschlossene generelle Arbeitszeiterhöhung dient nicht der Erhöhung der Attraktivität des Lehrerberufes und wird den Lehrermangel zu Lasten der Hauptschule verstärken.

Sehr geehrte Frau Ministerin Schäfer, zu Beginn Ihrer Amtszeit haben Sie die Absicht Ihres Kollegen Finanzministers, durch Dienstzeiterhöhungen bei den Lehrern zu sparen, schon einmal erfolgreich abgewehrt. Sie wissen aus eigener

beruflicher Praxis um die besonderen physischen und psychischen Belastungen unseres Berufes. Sie wissen auch um das hohe freiwillige Engagement vieler Lehrerinnen und Lehrer. Wir brauchen keine Erhöhung der Arbeitszeit, sondern eine Verkürzung!

Wir bitten Sie: Steuern Sie der negativen Entwicklung der Hauptschule entgegen! Verhindern Sie diese Provokation unseres Engagements! Erinnern Sie unse-

ren Ministerpräsidenten an seine Worte zu seinem Amtsantritt: „Bildung, Wissen und Können sind die einzigen Schätze, denen wir unseren Wohlstand und unsere Lebensqualität verdanken. Es gilt mit größter Entschlossenheit daran zu arbeiten, für unsere jungen Menschen optimale Lernbedingungen zu schaffen.“ Setzen Sie diesen Vorrang der Bildung gegen den Finanzminister durch und machen Sie ihm auch klar: Uns zu ver-

schließen heißt nicht Geld sparen, sondern vergeuden! Die Zahl der Frühpen-sionierungen aus unseren Reihen ist hoch genug!

**Mit freundlichen Grüßen**

**Das Kollegium der Anne-Frank-  
Hauptschule Coesfeld  
(Unterschriften)**

## Mehr Farbe in die Klasse

**Baustelle Schule: Höchste Zeit, dass was geschieht.**

Prisma und OBI verlosen 1.000 Renovierungspakete



**B**lätternde Farbe, herabfallender Putz, wuchernder Schimmel, Fenster, durch die der Wind pfeift: Der bauliche Zustand vieler deutscher Schulen ist erbarmungswürdig. Allein für Nordrhein-Westfalen, das bevölkerungsreichste Bundesland, schätzt der Deutsche Städtetag den Sanierungstau auf fünf Milliarden Euro. Eine Zumutung für Schüler und Lehrer.

„Zweifellos werden Erziehung und Lernverhalten vom baulichen Zustand der Schulen beeinflusst“, stellt Udo Beckmann vom Verband Bildung und Erziehung fest. „Ungepflegte Klassenzimmer nehmen unseren Kindern nicht nur die Lust am Lernen. Schlimmstenfalls geben sie auch Gefühlen von Gleichgültigkeit, Frust und Aggression Auftrieb.“

Problem erkannt, noch nicht gebannt: Angesichts gähnender Leere in den öffentlichen Kassen wird sich an der Baustelle Schule so schnell nichts bessern. Die öffentlichen Investitionen zur Sanie-

rung maroder Bausubstanz gleichen dem berühmten Tropfen auf dem heißen Stein.

In dieser Situation haben sich viele Eltern, Lehrer und Schüler entschlossen, selbst mit anzupacken. Vor allem in den Ferien und am Wochenende wird gewienert und gewerkelt, gepinselt und gepflanzt. Wo diese Muskelhypothek alleine nicht reicht, springen Fördervereine und private Sponsoren vor Ort mit Geldspritzen und Sachspenden ein.

Fast scheint es, als verließen sich inzwischen die Schulträger landauf, landab auf die Mitarbeit der vielen Helfer bei der Instandhaltung maroder Klassenräume, Sporthallen, Hobbyräume und Schulhöfe. Natürlich soll dieses private Engagement keine Grundsanie- rung ersetzen, immerhin aber kann es viele Alltagsmängel beseitigen.

Vor allem: Schönere Schulen setzen ein Zeichen gegen die Gleichgültigkeit. „Wo Schulklassen in Eigeninitiative renoviert wurden, kommt es kaum noch zu Schmierereien und Zerstörungen“,

sagt ein Experte des Schulverwaltungsamts im mitteldeutschen Halle. „Fortan identifizieren sich die Schüler mehr mit ihrer Schule“.

Packen wir's an: Auch Prisma und die bundesweite Baumarktkette OBI wollen Hilfe zur Selbsthilfe für schönere Schulen geben. 1.000 Renovier-Sets stehen dazu in einer gemeinsamen Aktion bereit.

*prisma 39/03, S. 6*

### **Gewinnt 1.000 Renovierungspakete und eine Klassenreise!**

**Prisma** und **OBI** verlosen 1.000 Renovierungspakete für Klassenzimmer. Bewerben können sich Klassen allgemein bildender Schulen.

**Jedes Renovierungspaket** enthält 2 x 10 Liter Alpina Umweltweiss oder 2 x 10 Liter Classic Premiumweiß, Lux-Farbabroller, Teleskopstab, Pinsel-Set, Abdeckplane, Abstreifgitter, Farbeimer, Farbmischer, Auslegepapier, Kreppband-Set und vieles mehr.

**Schulklassen** bewerben sich per Postkarte. Darauf ist vermerkt: Name des Elternvertreters oder Klassenlehrers, Name und Adresse der Schule, Telefonnummer des Ansprechpartners, E-Mail-Adresse.

**Postkarten an:** Prisma-Redaktion, 50615 Köln, Einsendeschluss: 31. Oktober 2003

**Zweite Chance:** Unter den 1.000 Gewinner-Klassen verlosen wir dann einen Gutschein im Wert von 2.500 € für eine Klassenreise nach Wahl. An dieser zweiten Runde nehmen alle Klassen teil, die uns die Verschönerung ihres Klassenzimmers in Fotos dokumentieren.

**Die Teilnahmebedingungen sind auch im Internet nachzulesen: [www.obide.de](http://www.obide.de) und [www.alpina-farben.de](http://www.alpina-farben.de)**



## Brief des Hauptpersonalrats G/H an die Schulministerin Arbeitszeiterhöhung im Grund- / Hauptschulbereich

Sehr geehrte Frau Ministerin Schäfer,

im Vorfeld politischer Entscheidungen informierten Sie die Schulen darüber, dass die Lehrerinnen und Lehrer mit einer Pflichtstundenerhöhung von einer Stunde zu rechnen hätten. Der Hauptpersonalrat Grund-/Hauptschule wendet sich daher vor der abschließenden Beratung im Kabinett mit dem eindringlichen Appell an Sie, diese weitere Belastung der Lehrerinnen und Lehrer an den von uns vertretenen Schulformen zu verhindern.

Die Arbeitszeituntersuchung, die in den Jahren 1997 bis 1999 durchgeführt wurde, bescheinigte den Lehrerinnen und Lehrern im Grund- und Hauptschulbereich bereits eine über dem Durchschnitt des öffentlichen Dienstes liegende Arbeitszeit. Unberücksichtigt blieben hierbei die besonderen physischen und psychischen Belastungen, die aus der jeweils schulformspezifischen Schülerklientel entstehen. Seit 1999 sind zahlreiche neue Aufgaben auf die Grund- und Hauptschullehrkräfte zugekommen (z. B. im Bereich der Schulentwicklung und Ausbildung), die sie ohne Kompensationsmöglichkeiten bewältigen mussten. Die im Schulrechtsänderungsgesetz festgelegten Änderungen werden sich in den nächsten Jahren hinzuaddieren.

Bisher haben die Kolleginnen und Kollegen trotz der höchsten Unterrichtsstundenverpflichtung (27 Unterrichtsstunden), der geringsten Besoldung (A 12) und der geringsten Aufstiegsmöglichkeiten im Lehrerbereich (nur 10 % der Sek. I-Stellen im HS-Bereich, in der GS 0 %) ihre Aufgaben bewältigt. Die Grundschulen verfügen über die niedrigste Verwaltungspauschale für Schulleitungen (bei einer 3-zügigen Grundschule i. d. R. 16 Unterrichtsstunden für Rektor/-in und Konrektor/-in zusammen) und die niedrigste Anrechnungspauschale für besondere Aufgaben (bei einer dreizügigen Grundschule i. d. R. 3 Unterrichtsstun-

den für das gesamte Kollegium). Der Auftrag von Schule konnte von den Kollegien nur auf Grund großen persönlichen Engagements und eines hohen Maßes an sozialer Verantwortung erfüllt werden.

Die Kraftreserven der Beschäftigten sind mittlerweile erschöpft und niemandem ist zu vermitteln, dass die in der Vergangenheit erbrachten Leistungen neben der Reduzierung des Weihnachtsgeldes auf 50 % und der Streichung des Urlaubsgeldes auch noch durch eine Pflichtstundenerhöhung „belohnt“ werden sollen, obwohl nach einer hausinternen Aufstellung des Finanzministeriums die nordrhein-westfälischen Beamten zwischen 1993 und 2002 bereits mit insgesamt 3,1 Milliarden € zur Haushaltskonsolidierung beigetragen haben (z. B. Verschiebung von Gehaltserhöhungen, Minderung oder Streichung von Sonderzuwendungen, Eigenbeteiligung bei der Beihilfe ... etc.).

Die letzte OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick 2003“ dokumentiert erschreckende Zahlen zur Altersentwicklung der Lehrkräfte im Primar- und Sekundarbereich I (39,1 % bzw. 44 % der Lehrkräfte sind über 50). In keinem anderen Mitgliedsland der OECD ist der Altersdurchschnitt der Lehrkräfte in der Grundschule so hoch wie in Deutschland. Eine Stunde Pflichtstundenerhöhung bedeutet die „Erwirtschaftung“

von 4.000 Stellen, 4.000 Stellen, die jungen, gut ausgebildeten Lehrkräften nicht zur Verfügung stehen und ältere Lehrkräfte weiter belasten. Schon jetzt erreichen nur noch 50 % aller Lehrkräfte den Durchschnittsruhegehaltssatz von 68,51 %, da sie nicht mehr dienstfähig sind und damit frühpensioniert werden müssen. Den vom HPR G/H angeregten Präventionsmaßnahmen (z. B. der Einsatz von sozialen Ansprechpartnern oder die Durchführung eines Modellversuches zur Gefährdungsbeurteilung) ist das MSJK bisher leider nicht gefolgt.

Der „Ist-Zustand“ in den Kollegien trägt keine weiteren Belastungen! Um die Grund- und Hauptschulen in NRW zukunftsfähig zu erhalten, sind sie auf die Motivation und den Einsatzwillen von gesunden Lehrerinnen und Lehrern in der Grund- und Hauptschule angewiesen. Wir benötigen den Lehrernachwuchs an unseren Schulen und die notwendigen Ressourcen zur Erfüllung unserer Aufgaben. Eine zusätzliche Unterrichtsstunde bei gleichzeitig anwachsenden außerunterrichtlichen Tätigkeiten wird von vielen Kolleginnen und Kollegen nicht mehr „geschultert“ werden können und langfristig die Zahl der krankheitsbedingten Ausfälle erhöhen.

Mit freundlichem Gruß  
**Andrea Langhans,**  
Vorsitzende

### Darlehen supergünstig <sup>\*1)</sup> nominal 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins Hypotheken- & Beamendarlehensdiscounter

Beamendarlehen supergünstig, z. B. Beamtin a. L. oder unkündbare Angest., 40 Jahre, 12 Jahre Laufzeit, bei 30.000,- €, mit 335,- €, bei 60.000,- €, 689,- € Rate, jeweils inkl. Zins- und Lebensvers.-Prämie, Festzinsgarantie ges. Laufzeit ab Nominal 5,4%, effektiver Jahreszins ab 6,10%, b. 12 Jahre. Superangebote auch zu Lfz. 20 Jahre und 25 Jahre. Kürzere Laufzeit bei Gewinnanteilsverrechnung. <sup>\*\*1)</sup> Extradarlehen nominal 2,50% ab 2,90% effektiver Jahreszins ab Zuteilung mit neuem Bausparvertrag. Supergünstige Annuitätenhypotheken, Beleihung bis 100%, plus EHZ, Schulafreie Eurokredite bis 100.000,- € mit Tilgungsversicherung, Vorfinanzierung der Eigenheimzulage. Gute Angebote an Angestellte/Arbeiter/ö.D. Sprechen Sie vertrauensvoll mit uns. AK-Finanz wählen – eine clevere Entscheidung. Supergünstige Lebensvers.-Darlehen an Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst.

**Ja!** Bitte jetzt Info anfordern. Mein Wunsch: \_\_\_\_\_ €  
Name: \_\_\_\_\_  
keinerlei Vermittlungskosten  
Strasse: \_\_\_\_\_ Beraterkompetenz mit über 30jähriger Erfahrung  
Ort: \_\_\_\_\_ Internet: [www.ak-finanz.de](http://www.ak-finanz.de)

Info und Sofortangebote  
unter Servicenummer  
**0800/1000 500**  
Zum Nulltarif!

Darlehenspartner für öffentlich Bedienstete und Beamte, wir wählen für Sie supergünstige Möglichkeiten aus.  
AK-Finanz Kapitalvermittlungs-GmbH, Bismarckstr. 85, 67059 Ludwigshafen,  
Faxabruf: (06 21) 62 86 09, Telefax: (06 21) 51 94 88, [www.ak-finanz.de](http://www.ak-finanz.de)  
Bundesweiter unverbindlicher Beratungsservice z. Nulltarif. Info per Post/Tel.

# Grundschulleiter in Deutschland und Frankreich: Spitzenreiter bei der Unterrichtsverpflichtung

In der Schuleffektivitätsforschung wird der Schulleitung eine zentrale Rolle für die Qualität schulischer Arbeit beigemessen, die sich in den Führungsfähigkeiten, der Koordination von Zusammenarbeit und Austausch an der Schule und nicht zuletzt auch in der fachlichen Kompetenz der Schulleitung niederschlägt (Scheerens und Boskker, 1997). ...

Während in den meisten Ländern die Schulleitungen hauptsächlich mit Lei-

tungsfunktionen, wie etwa der Erstellung von Plänen, dem Personalmanagement, Außenkontakten und Verwaltungsarbeiten, beschäftigt sind und nur nebenbei unterrichten, sind die Schulleitungen in Deutschland und Frankreich in erster Linie Lehrkräfte, die überwiegend mit Unterricht beschäftigt sind und daneben vor allem Verwaltungsarbeiten erledigen und Außenkontakte pflegen (beides im Umfang des internationalen Durchschnitts).

Den Unterricht und pädagogische Fragen betreffende Planungs- und Beratungsaufgaben gehören in diesen beiden Ländern nur am Rande zu den Aufgaben der Schulleitung. Der Anteil an Unterricht im Rahmen der Aufgaben der Schulleitung steht nicht erkennbar in einem Zusammenhang zur Schulgröße. Vielmehr steht dahinter wohl eher eine unterschiedliche Auffassung von der Rolle der Schulleitung – als primus inter pares an Grundschulen in Deutschland, als vorgesetzte, leitende und beaufsichtigende Instanz in vielen anderen Ländern ...

Wenn Schulleitungen von ihrer Arbeit als Klassenlehrkräfte weitgehend entbunden sind, können sie mehr Zeit für Aufgaben im Bereich des Schulmanagements aufwenden, z. B. im Bereich der Personalführung und -weiterbildung, sie haben aber auch mehr Zeit, um inhaltliche, didaktische und methodische Fragen des Unterrichts auf einer schulgemeinschaftlichen Ebene zu beraten, zu diskutieren und anzuregen.

(Auszug aus: Wilfried Bos u. a., *Erste Ergebnisse aus IGLU*, Waxmann Verl., 2003, S. 53 f.)

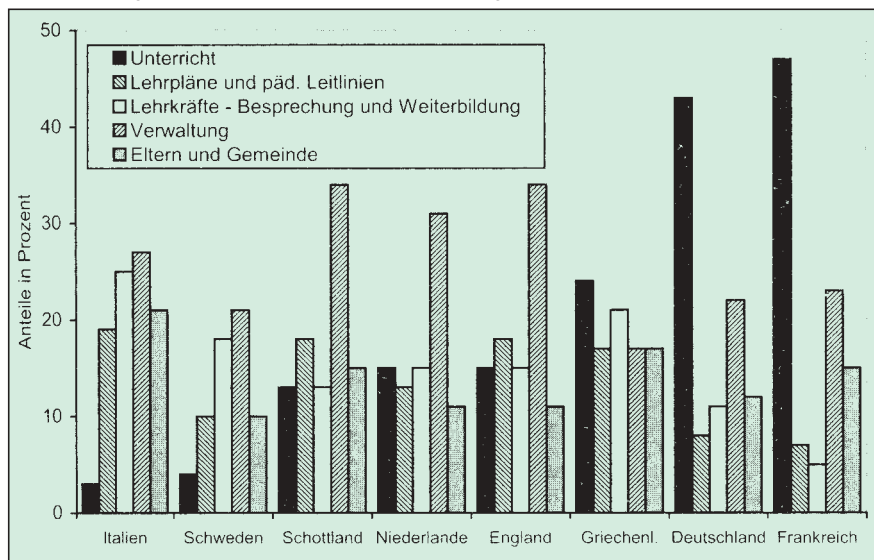


Abbildung III. 7: Von der Schulleitung für verschiedene Aufgaben aufgewendete Zeit innerhalb der Vergleichsgruppe (Zeitanteile in Prozent) © IGLU-Germany

## Anmerkung der Redaktion:

Hierzu ist ergänzend anzumerken, dass in den letzten Jahren im Rahmen der erfolgten schulischen Innovationen der Schulleitung eine ungeheure Fülle neuer Aufgaben verordnet worden ist, die eine Rollenveränderung eingeleitet hat, ohne dass die Unterrichtsbelastung wesentlich verringert worden wäre. Die Veränderung und Belastung wird noch gesteigert,

wenn demnächst das neue Schulrechtsänderungsgesetz zu realisieren ist. Dann wird die Qualität schulischer Arbeit ganz entscheidend davon abhängen, ob die Schulleitung bei veränderter Aufgabenstellung im Umfang der schulisch erfolgreicherer Nachbarländer eine angemessene Unterrichts-entlastung erhält.

## VBE-Studie: Schwere Arbeitsbedingungen für Schulleiter

### Grund- und Hauptschulleitungen mit den meisten Problemen

Schlechte Lehrerversorgung, zu wenig Anrechnungsstunden, zu viel Aufwand für Verwaltungstätigkeiten und Schulentwicklungsmaßnahmen, erhöhte Ansprüche an die Institution Schule bei fehlenden strukturellen Verbesserungen – die Liste der Klagen nordrhein-westfälischer Schulleiter ist lang.

Die nun vom VBE-NRW bei einer Pressekonferenz in Düsseldorf vorge-

stellte Studie zu den Arbeitsbedingungen von Schulleitern hat ergeben, dass etwa ein Drittel aller Schulleitungen zu einer übermäßig belasteten Gruppe gehört. Jede zweite Schulleitung klagt zudem über Vertretungsprobleme.

Der VBE hatte die Schulleitungen von 5.142 Grund-, Haupt-, Sonder- und Gesamtschulen angeschrieben und nach ihren Arbeitsbedingungen und den sich

daraus ergebenden Belastungen befragt. 2.000 Schulleitungsmitglieder haben geantwortet.

Die Befragung wurde vom Institut für Schul- und Hochschulforschung der Universität Lüneburg unter Leitung von Prof. Dr. Kurt Czerwenka wissenschaftlich begleitet und ausgewertet.

## Anrechnungsstunden

Schulformübergreifend herrscht vor allem eine große Unzufriedenheit mit der Höhe der Anrechnungsstunden. Insgesamt sind fast 95 Prozent aller Schulleiter damit unzufrieden. Kein Wunder: An allen Schulformen leisten Schulleitungsmitglieder pro Woche zehn bis zwölf Überstunden, um die Verwaltung und die Unterrichtsversorgung durch Vertretung zu stützen. Die geringste Zahl an Anrechnungsstunden haben Grundschulleiter, gefolgt von den Leitern der Sonderschulen. Besonders an kleinen Grundschulen sind die Schulleiter doppelt belastet, weil es dort keinen Konrektor und keine Schulsekretärin gibt. Die ganze Arbeit lastet dort auf den Schultern der Schulleiter. So müssen sich beispielsweise mehr als die Hälfte der Grundschulleiter neben ihren übrigen Aufgaben um die Wartung des EDV-Systems kümmern, während sich an anderen Schulformen nur ein Viertel der Schulleitungen mit diesem Problem befassen muss. Eine Grundschulleitung, so einer der Befragten, lasse sich im Prinzip auf eine einfache Formel bringen: „Schulleiter = Klassenlehrer + Fachlehrer + Hausmeister + Sekretärin + Konrektor.“ Oder wie es ein anderer Schulleiter formuliert hat: „Der Schulleiter ist Bauleiter, Chef-Manager, Psychologe, Konflikttrainer, Richter und Staatsanwalt – und hat doch nur Lehramt studiert.“ Dabei vermissen die Schulleiter vor allem interne Unterstützung: Außer bei den Gesamtschulen müssen alle Schulformen mit maximal einer Verwaltungsstelle auskommen. Am wenigsten Unterstützung von Verwaltungsfachkräften haben die Leiter kleiner Grundschulen: 38 Prozent der Grundschulleitungen haben weniger als neun Stunden pro Woche eine Verwaltungskraft zur Verfügung. „Generell brauchen reine Verwaltungsaufgaben zu viel Zeit und Energie“, klagt ein Grundschulleiter. „Pädagogische Zielsetzungen und Innovationen bleiben auf der Strecke.“ Die Erhöhung der Anrechnungspauschale für Schulleitungen wird dementsprechend von hundert Prozent der Befragten als wichtige Maßnahme zur Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen genannt.

## Unterrichtsversorgung

Schulformübergreifend gibt es außerdem ein akutes Problem bei der Unterrichts-

versorgung. Auch hier sind Grundschulen am schlimmsten betroffen: 82 Prozent der Grundschulleiter bezeichnen die Unterrichtsversorgung als mangelhaft. Zufriedener sind zwar die Leiter von Hauptschulen, aber auch hier halten nur 36 Prozent die Unterrichtsversorgung für ausreichend. Die größten Probleme bereitet an allen Schulen der Vertretungsplan. So beklagt die Hälfte aller Schulleiter Versorgungsprobleme beim Auffangen von Unterrichtsausfall. Ein Grundschulleiter bringt das Problem auf den Punkt: „Für eine ausreichende Unterrichtsversorgung reicht keine hundertprozentige Besetzung. Jede Schule braucht mindestens eine Stelle als Puffer.“ An vielen Schulen aber kann die Stundentafel gerade noch erfüllt werden. Bei Krankheit sind Unterrichtsausfall und Mehrarbeit die Folge. Angesichts der PISA-Studie ist diese Tatsache ein Skandal. Das Land muss dringend eine volle Lehrerversorgung – und das ist mehr als eine rein rechnerische 100-Prozent-Versorgung – sicherstellen. Fast alle befragten Schulleiter haben die Sicherstellung einer vollen Lehrerversorgung als wichtigste Maßnahme zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen genannt. „Die Qualität von Schule könnte um hundert Prozent gesteigert werden durch Sicherheit in der Grundversorgung durch Lehrerstellen“, hat dementsprechend einer der befragten Schulleiter auf dem Fragebogen vermerkt. Die Schulleiter erwarten also in erster Linie strukturelle Veränderungen. Abhilfe schaffen könnte nach Aussage der Schulleiter auch die Ausweitung von externen Hilfsangeboten wie Schulsozialarbeit und Schulpsychologie. „Unterricht würde sich qualitativ und quantitativ verbessern, wenn die Lehrer generell und auf jeder Stufe durchgängig von Sozialarbeitern unterstützt würden“, erklärt einer der Befragten. Es reicht nicht, nach Finnland zu schielen und über Qualitätsentwicklung zu diskutieren, wenn das ergänzend notwendige Fachpersonal nicht zur Verfügung steht.

## Neue Aufgaben

Als große Belastung werden von den Schulleitern die gestiegenen Ansprüche an die Institution Schule empfunden. Besonders Qualitätsmanagement, Schulprogramm und Selbstverwaltung besorgen den Schulleitungen Mehrarbeit,

die als belastend empfunden wird. Ein Schulleiter, der seit 27 Jahren in diesem Beruf arbeitet, stellt fest: „Die Arbeit hat sich in der Zwischenzeit verdoppelt.“ Die „immer neuen Projekte von oben“, den zunehmenden Bürokratismus, beklagen viele Schulleitungen und fragen: „Wann darf die Schule wieder in Ruhe arbeiten?“

Neben der vielen Mehrarbeit sind die Schulleiter auch unzufrieden mit ihrer Fortbildung für Schulleitungsaufgaben. Das Land stellt auf der einen Seite stark erhöhte Anforderungen an die Schulleitungen, kommt andererseits aber mit den Rahmenbedingungen nicht nach.

## Fazit

Schulleiter sind heute mehr Manager als Lehrkraft. An der nötigen Fortbildung und dem nötigen Zeitrahmen hapert es jedoch. Wir brauchen eine Qualifizierung von Schulleitungsmitgliedern nicht nach, sondern vor Amtsantritt. Deshalb brauchen wir dringend eine ausreichende Lehrerversorgung an den Schulen, eine bessere Unterstützung von Schulen durch Schulsozialarbeit und Schulpsychologie und eine Erhöhung der Anrechnungspauschalen für Schulleitungen.



**you<sup>tel</sup>**  
1202  
**Jugendhotel Bitburg**

**Klasse(n)fahrten**

**Supergünstige Pauschalprogramme**  
für Ihre Klassenfahrt in die Eifel und "4-Länder-Eck"  
(Deutschland, Luxemburg, Frankreich, Belgien)

**"Stadt-Land-Fluß"**  
"die" Pauschale für Schulklassen –  
komplett organisiert von A - Z (Ausflüge,  
Disco, Barbeque, Besichtigungen usw.)

**"Rail & More"**  
– mit der Bahn nach Bitburg  
(inkl. Transfers, Ausflüge nach Trier /  
Luxemburg und vielen Extras)

...einfach anders!

Planungshandbuch, Prospekte  
**Lehrerhotline: 06561 - 9444 10**

Jugendhotel Bitburg Tel.: 06561-944410  
Westpark - 54634 Bitburg Fax: 06561-944420

Infos und Kurzfilm unter [www.youtel.de](http://www.youtel.de)

## Schulleiter – nicht attraktiv genug

Am Tag nach der Präsentation der VBE-Studie berichtete die Presse über eine positive Reaktion der Schulministerin. Hierzu äußerte sich eine Schulleiterin wie folgt:

Das ist doch mal eine gute Nachricht! Der Verband Bildung und Erziehung findet bei Schulministerin Ute Schäfer Verständnis für die nachgewiesene Feststellung, dass die Rektoren kleinerer Grundschulen eine besonders belastete Gruppe sei und wegen der zunehmenden Autonomie der Schulen immer mehr Aufgaben auf sie zukämen. Und wie gedenkt das Schulministerium zu reagieren? Werden Grundschulleiter endlich davon entlastet, mit mindestens Zweidrittel ihres wöchentlichen Stundendeputates Unterrichtsverpflichtungen und in den meisten Fällen sogar

Klassenlehreraufgaben übernehmen zu müssen? Dürfen Grundschulleiter/-innen damit rechnen, dass ihnen endlich die für Organisation, Geschäftsführung und insbesondere für die Umsetzung der ehrgeizigen Schulentwicklungsprojekte der Landesregierung erforderliche Leitungszeit zur Verfügung gestellt wird?

Es ist nicht zu vernehmen, dass von der geplanten Arbeitszeiterhöhung im Schulbereich die Leitungen der kleinen Grundschulen ausgenommen werden sollen. Davon, die Grundstruktur der Leitungstätigkeit zugunsten der Möglichkeit einer hauptamtlichen Wahrnehmung

dieser Funktion zu verändern, ist nicht die Rede. Insider wissen, dass auf ausgeschriebene Rektoren- und Konrektorenstellen kaum Bewerbungen eingehen. Engagierte und befähigte und auch interessierte Lehrkräfte gibt es genug. Doch diese erkennen die immer unzumutbarer werdenden Arbeitsbedingungen im Schulleitungsamt. Sie beobachten, wie die Leiter/-innen der eigenen Schule bis an die Grenzen der gesundheitlichen Belastungsfähigkeit gefordert werden.

*Claudia von Padberg,  
Everswinkel*

## Letzte Meldung: VBE: Schulleiterbefragung zeigt Wirkung

Bereits am 16.9.03, im Anschluss an die Vorstellung der Ergebnisse der Schulleiterbefragung vor der Landespressekonferenz, an der über 20 Journalisten teilnahmen, meldete die deutsche Presseagentur (dpa): Bei Schulministerin Ute Schäfer (SPD) stieß der VBE auf Verständnis. Die Leiter kleiner Schulen seien „in der Tat eine besonders belastete Gruppe“, sagte sie. Wegen der zunehmenden Autonomie der Schulen kämen immer mehr Aufgaben auf sie zu. Schäfer will deshalb prüfen, „ob wir auch unter schwierigen Rahmenbedingungen für weitere Entlastung sorgen können“.

Im Verbändegespräch am 26.09.03 konkretisierte sie ihre Ankündigung vom 16.09., indem sie erklärte, dass aufgrund des nachweisbaren Aufgabenzuwachses der Schulleitung in den letzten Jahren, die Sockelanrechnung für die Schulleitungsaufgaben für alle Schulformen um eine Stunde erhöht wird. Damit werde die geplante Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für den Schulbereich ab 2004 für die Schulleitung nicht wirksam. Den nachweisbar besonderen Belastungen der Schulleitung kleiner Systeme (unter 10 Lehrerstellen), dies treffe insbesondere auf die Grundschulen zu, wol-

le man Rechnung tragen, indem hier die Sockelanrechnung von derzeit 4 auf dann 6 Unterrichtsstunden angehoben werde. Angesichts der angespannten Haushaltslage ein Erfolg sachorientierter VBE-Arbeit und ein Grund mehr dafür, dass der VBE sich weiterhin bemüht, die Daten genau zu analysieren und damit die Argumentationsgrundlage über die Belastung der Lehrerinnen und Lehrer in NRW stetig zu verbessern. Deshalb gilt: Mitglied sein im VBE – eine gute Wahl!

*Ihr Udo Beckmann,  
Vorsitzender*

## VBE-Nachrichten

### Neuerungen plus Arbeitszeiterhöhung

Für die Schulen in Nordrhein-Westfalen bringt das neue Schuljahr zahlreiche Neuerungen – besonders für die Grundschulen. 235 von ihnen nehmen den Ganztagsbetrieb auf. Damit fällt der

Startschuss für das derzeit ehrgeizigste schulpolitische Vorhaben der Landesregierung. In vier Jahren soll es, wenn die Kommunen mitziehen, für jeden vierten Grundschüler einen Ganztagsplatz geben.

Für alle Drittklässler heißt es im neuen Schuljahr in zwei Unterrichtsstunden

pro Woche „good morning“, denn landesweit wird der Englischunterricht an den Grundschulen eingeführt.

Von Lehrerverbänden hat sie bereits vorab schlechte Noten erhalten. „Das kommende Schuljahr steht unter keinem guten Stern“, fürchtet der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung

(VBE), Udo Beckmann. Schäfer überfordere die Grundschulen mit zu vielen Reformen und neuen Richtlinien. „Schäfer wollte dafür sorgen, dass in den Schulen Ruhe einkehrt und nicht, wie bei ihrer Vorgängerin, ein Erlass den nächsten jagt“.

Hauptsorge der Lehrerverbände ist allerdings die geplante Verlängerung der Arbeitszeiten. Wenn alle 165.000 Lehrer in NRW eine Stunde pro Woche mehr unterrichten, lassen sich (lt. Regierung) rein rechnerisch etwa 5.000 Lehrerstellen einsparen. Ob dies so kommt, ist wegen der noch laufenden Haushaltsberatungen im Kabinett offen. Als wahrscheinlicher gilt, dass die Stellen an den Schulen bleiben, aber die noch geplanten Einstellungen von zusätzlich 3.000 Lehrern zumindest teilweise entfallen.

dpa

### Beamte als Sparschweine des Landes

Die längeren Arbeitszeiten sind Teil des vor der Sommerpause beschlossenen Sparprogramms für den öffentlichen Dienst, die auch auf Arbeiter und Angestellte übertragen werden sollen. Die Landesregierung will das Urlaubsgeld völlig streichen und das Weihnachtsgeld kürzen. Das Weihnachtsgeld soll bei den unteren und mittleren Einkommensgruppen auf 60 Prozent eines Monatsgehalts gekürzt werden, im oberen Einkommensbereich auf 50 Prozent. „Das sind bittere Einschnitte“, räumte Steinbrück ein, „zumal die Beschäftigten im öffentlichen Dienst schon in den vergangenen Jahren Einkommensverluste hinnehmen mussten.“ Es werde aber keine betriebsbedingten Kündigungen geben.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) forderte die Lehrer auf, „alle bisher freiwillig geleisteten Zusatzaufgaben auf den Prüfstand zu stellen“. Schon jetzt arbeiteten die Lehrer deutlich mehr als 41 Stunden in der Woche, sagte der VBE-Landesvorsitzende Udo Beckmann.

dpa

### Eigenständiges Benimmfach?

„Durch die Einführung eines neuen Faches – des sog. Benimmunterrichts – soll die Schule wieder einmal das lösen, was das Elternhaus anscheinend nicht mehr

leistet oder bereit ist zu leisten. Das ist bezeichnend dafür, dass die Schule immer wieder als Reparaturbetrieb gesellschaftlicher Fehlentwicklungen angesehen wird. Erziehung ist und bleibt aber in erster Linie Aufgabe der Eltern“, kommentierte der VBE-NRW die nicht enden wollende Diskussion um den Vorschlag des saarländischen Kultusministers.

Dass bei den Schülerinnen und Schülern Erziehungsdefizite – Tendenz steigend – nicht nur durch Lehrerinnen und Lehrer beklagt werden, ist lt. VBE nicht neu. Doch die Einführung eines Benimm-Faches wird kaum Abhilfe schaffen, wenn die im Fach gelernten Benimmregeln von den Erwachsenen nicht vorgelebt werden. Wenn Kinder unhöflich sind, nicht gelernt haben, einen Gesprächspartner ausreden zu lassen, nicht einsehen, dass das Zuspätkommen zum Unterricht eine Störung und Beeinträchtigung für diejenigen bedeutet, die pünktlich mit dem Unterricht begonnen haben, spiegelt dies eine Rücksichtslosigkeit wieder, die sich in unserer Gesellschaft manifestiert hat. Wir leben zudem in einer Zeit, in der immer mehr Kinder ohne feste Regeln aufwachsen. Kinder brauchen aber feste Regeln und Grenzen, wenn sie lernen sollen, was richtig und was falsch ist und wenn sie in der Lage sein sollen, sich in eine Gemeinschaft einzufügen. Das kann nicht allein Aufgabe der Schule sein.

Nach Ansicht des VBE kann die Vermittlung von Werten und der respektvolle Umgang miteinander aber nicht Aufgabe eines bestimmten Faches sein, sondern ist Bestandteil eines jeden Unterrichts und des gesamten Schulalltags. Bildung und Erziehung sind nicht voneinander trennbar. Erziehung wird aber zuallererst dann gelingen, wenn sie sich im Konsens von Elternhaus und Schule vollzieht und die Lehrerinnen und Lehrer in ihrem Erziehungsauftrag die Unterstützung der Eltern erfahren.

### Zentrale Abschlussprüfungen greifen zu kurz

Ministerpräsident Steinbrück hat zentrale Abschlussprüfungen angekündigt.

Bei zentralen Abschlussprüfungen ist aus Sicht des VBE die Gefahr gegeben, dass der Bildungsauftrag der Schule sich

darauf reduziert, dass nur noch das gelernt wird, was geprüft wird.

Besonders angesichts der Tatsache, dass von den Schulen mehr Selbstständigkeit und die Entwicklung eigener Profile gefordert werden, greifen zentrale Prüfungen zu kurz. Teilzentrale Prüfungen nach Klasse zehn sind laut VBE eher zu akzeptieren. Damit wird einerseits sichergestellt, dass für einen bestimmten Abschluss bestimmte Fähigkeiten vorhanden sein müssen, andererseits kann die Einzelschule ihrem besonderen Profil Rechnung tragen. Entscheidend ist, dass die Schulen durch die entsprechenden Rahmenbedingungen in die Lage versetzt werden, den notwendigen Förderbedarf sowohl bei leistungsschwachen als auch bei leistungsstarken Schülern abzudecken.

Die vom Ministerium angekündigte Zusammenfassung der sieben Schulgesetze zu einem ist nach Meinung des VBE angesichts der bestehenden Überreglementierung von Schule nur zu begrüßen. Zu klären ist außerdem, ob der angekündigte mittlere Bildungsabschluss ein einheitlicher für alle Schulformen ist oder ob es wieder schulförmenspezifische Ausdifferenzierungen geben wird.

### Die meisten Deutschen für strengere Erziehung

(Hamburg) Kinder sollten generell strenger erzogen werden. Das meinen 64 Prozent der Bundesbürger, wie eine Emnid-Umfrage ergab. Verwöhnte Kinder hätten es später schwerer glauben. 88 Prozent der 1.000 befragten Männer und Frauen. 81 Prozent sind zudem der Meinung, Mädchen und Jungen sollten in Kindergärten und Schulen zu mehr Disziplin angehalten werden. 78 Prozent vertreten die Ansicht, der Nachwuchs müsse stärker gefordert werden. 86 Prozent meinen, Kinder müssten zu mehr Respekt gegenüber Erwachsenen erzogen werden. Ein gelegentlicher Klaps wird von 66 Prozent befürwortet.

dpa

### Bambini-Mangel

Deutschland zählt nicht nur angesichts seiner wirtschaftlichen Probleme zu den „alten“ Volkswirtschaften, sondern auch



aufgrund seiner Bevölkerungsstruktur: Der Anteil der 5- bis 29-Jährigen an der Bevölkerung betrug 1999 knapp 29 Prozent – und war damit in den wichtigsten 20 Industrieländern am niedrigsten. Mit gut 40 Prozent jungen Leuten nimmt das katholische Irland die Spitze des Demographie-Rankings ein. Der keltische Tiger dürfte sich auch im Jahr 2010 kaum um Nachwuchs sorgen. Allerdings geht der Anteil junger Menschen auf der grünen Insel zurück. Nur Neuseeland, die USA, Australien und Kanada können sich dem Trend zur Vergreisung widersetzen. Dagegen werden Japan, Italien, Portugal und Spanien am stärksten altern. Rar macht sich die Jugend vor allem dort, wo die Amore zu den Bambini bislang legendär war: In Italien wird in wenigen Jahren gerade noch ein Viertel der Bevölkerung unter 30 Jahren alt sein.

*iwD*

### **NRW: Der Lehrerberuf wird weiblicher**

Düsseldorf (LDS NRW). Das Lehrpersonal in Nordrhein-Westfalen wird an den allgemein bildenden Schulen von Frauen dominiert – an Berufskollegs hingegen sind Männer noch in der Überzahl. Im Schuljahr 2002/2003 lag der Anteil der Lehrerinnen an allen Schulformen zwischen rund vier und elf Prozentpunkten höher als im Schuljahr 1990/91. Wie das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik mitteilt, waren von den knapp 150.000 hauptamtlichen/hauptberuflichen Lehrkräften an allgemein bildenden Schulen im zu Ende gegangenen Schuljahr 2002/2003 rund zwei Drittel (66 Prozent) Frauen. Dagegen betrug der Anteil der Frauen an den über 22.000 Lehrkräften der Berufskollegs in NRW nur gut ein Drittel (38 Prozent).

Die hohe Frauenquote an den allgemein bildenden Schulen wurde in erster Linie von den Grundschulen geprägt, wo die Kinder schon bis mindestens acht (Frauenanteil: 88 Prozent) abzählen mussten, um auf eine männliche Lehrkraft zu stoßen; 1990/91 hätten sie dafür nur bis sechs (Frauenanteil 83 Prozent) zu zählen brauchen. Auch an den Sonderschulen lag der Lehrerinnenanteil mit knapp drei Vierteln (73 Prozent) überdurchschnittlich hoch. Bei den Realschulen bewegte sich die Frauenquote

mit zwei Dritteln (65 Prozent) im Durchschnitt der allgemein bildenden Schulen. In den Kollegien der Hauptschulen (58 Prozent) und Gesamtschulen (54 Prozent) fiel die Dominanz der Frauen schon geringer aus. An den Gymnasien waren die Lehrerinnen mit einem Anteil von 45 Prozent in der Minderheit; in der Oberstufe lag ihre Quote mit 38 Prozent sogar fast auf dem Niveau der Berufskollegs. An den Gesamtschulen lag der Anteil der Lehrerinnen in der Oberstufe bei 46 Prozent.

Düsseldorf, den 12. September 2003

### **Inline-Skaten: Tipps zum sicheren Gleiten**

Mit Geschwindigkeiten von bis zu 50 Stundenkilometern sind Kinder und Jugendliche, aber auch Erwachsene, auf Radwegen, Straßen, Plätzen, in Parks und Fußgängerzonen auf Inline-Skates unterwegs.

Wie die Tretroller für Kinder, fallen Inline-Skates unter „Spielgeräte“. Die Konsequenz: Sie dürfen innerhalb geschlossener Ortschaften nur auf Gehwegen oder speziellen Spielstraßen fahren. Radwege oder normale Straßen sind tabu. Auf Landstraßen ohne Rad- und Gehweg müssen Fans der acht Rollen die äußerste linke Straßenseite benutzen. Aber auch in Fußgängerzonen und auf Bürgersteigen gilt: Inline-Skater müssen Rücksicht auf Passanten nehmen. Sie dürfen nur so schnell fahren, dass sie jederzeit bremsen können und niemanden gefährden.

Bei Stürzen, die anfangs unvermeidlich sind, kommt es häufig zu Hautabschürfungen, Prellungen und Nasenbluten. Aber auch Knochenbrüche, Zahnverletzungen, Kieferbrüche, Gehirnerschütterungen und offene Gesichtswunden sind keine Seltenheit, wenn der Schutzhelm fehlt.

Tipps zum sicheren Gleiten:

- Die Schuhe müssen unbedingt genau passen. Sonst ist ein exaktes Steuern unmöglich.
- Gute Qualität ist wichtig. Ein Rollenbruch bei hoher Geschwindigkeit führt unweigerlich zum Sturz. Deshalb auf GS-Zeichen achten!
- Unbedingt Schutzkleidung tragen: Knie- und Ellbogenschützer, Handgelenkschoner und ein leichter Fahrradhelm sind ein Muss.
- Jeder darf nur so schnell fahren, dass er jederzeit bremsen kann, niemanden

gefährdet, behindert oder belästigt.

- In Ortschaften: nur auf Gehwegen oder Spielstraßen gleiten. Auf Landstraßen: äußerste linke Straßenseite benutzen.
- Kommt es zu einer Kollision, kann eine Private Haftpflichtversicherung den Skater vor den finanziellen Folgen schützen. Übrigens: Solange sich Kinder und Jugendliche noch in der Schul- oder Berufsausbildung befinden, sind sie bei ihren Eltern mitversichert.

**DBV-Winterthur**

SH 10  
AWO  
Else-Stolz-Heim



## Die Kartoffel-Variante für die Schulgärtnerausbildung

von J. Táboas Rohde

Um im Schulgarten Kartoffeln anzubauen, gilt es zunächst, eine sorgfältige Anamnese hinsichtlich der Bodenbeschaffenheit durchzuführen. Bitte achten Sie auf möglichst viele verschiedene Bodentypen, um der Individualität jeder Kartoffel Rechnung zu tragen. Bedenken Sie: Jede Kartoffel ist dort abzuholen, wo Sie gerade liegt.

Neueste Erkenntnis: Kartoffeln verkümmern bei zu später Aussaat. Darum gilt nunmehr die Devise: je früher, desto besser. Aber achten Sie auf das Wetter: Ein frostfreies Klima ist die Basis für gute Zuchtergebnisse. Drohen Sie niemals einer Kartoffel mit der Zurücksetzung in das Frühbeet!

Verlassen Sie sich nicht in allen Fällen auf die Zuverlässigkeit der Beethaber, sondern sorgen Sie durch ein differenziertes Pflegekonzept selbst dafür, dass die Kartoffeln von allein wachsen und gedeihen. Manch ein Hobbygärtner könnte selbst mit elementaren Pflegetätigkeiten überfordert sein. Das Pflegekonzept ist in dreifacher Ausfertigung dem Forst- und Gartenbauamt zur Evaluation vorzulegen!

Gute Anbauergebnisse können nur durch Konkurrenz zwischen den Amtsgärtnern entstehen. Aus diesem Grund ist alle zwei Wochen ein Beetränkung zu erstellen, aus dem hervorgeht, welcher Gärtner die mächtigsten Pflanzen hat. Aber Vorsicht! Die Mächtigkeit der Pflanze könnte in diametralem Gegensatz zum schlussendlichen Output stehen. Wagen Sie es daher ja nicht, irgendeine Kartoffel bewusst oder unbewusst zu diskriminieren oder gar zu vernachlässigen! (Die alte Weisheit, die sich mit der Intelligenz des Bauern sowie dem Leibesumfang der Knolle beschäftigt, bleibt hiervon unberührt, hat aber im Pflegekonzept nichts verloren!).

Nach der Ernte ist eine genaue Bestandsaufnahme der Kartoffelgröße, ihrer Form, ihrer Farbe sowie ihres Geschmacks durchzuführen und zu jeder Kartoffel ein detaillierter, mindestens drei DIN-A4-Seiten umfassender Bericht anzufertigen. Althergebrachte Klassifizierungen und Typisierungen verbieten sich von selbst. Oder wie sonst soll der Käufer ein objektives Bild über den individuellen Wachstumsfortschritt der Kartoffel und ihre besonderen Stärken und Schwächen erhalten?

Schließlich ist von allen Amtsgärtnern eine ausführliche Evaluation durchzuführen. Vom Oberamtsgärtner wird erwartet, dass er mindestens einmal im Jahr Gespräche mit den Mitarbeitern führt und mit ihnen Zielvereinbarungen über die zukünftigen Ernteerträge trifft. Folgende Gründe im Falle der Nichterreichung bietet die obere Dienststelle den Entscheidungsträgern als Hilfe an:

- Gemeinschaftsbeete bringen mehr Erträge als getrennte Beete.
- Die Bodendifferenzierung fand nicht oder nicht ausreichend statt.
- Durch die Wahl des falschen Düngers oder gar Nichteinsatz desselben wurde die Kartoffel in ihrem Wachstum nicht ausreichend gefördert.
- Das Fortbildungskonzept für die Gärtner war falsch.
- Auch im Agrarbereich ist der Einsatz neuer Technologien unabdingbar.
- Die Gärtner mögen keine Kartoffeln.

Folgende Gründe sind unwissenschaftlich, nicht nachgewiesen, beruhen nur auf typischen Gärtnerausreden, kurz: sind für das Amt unannehmbar!!!

- Den Gärtnern stand nicht genug Zeit für die Beschäftigung mit jeder Kartoffel zur Verfügung. (Dann schaffen Sie sich Freiräume!)
- Pflegeausfall konnte mit dem vorhandenen Personal nicht immer aus-

reichend kompensiert werden. (Dafür gibt es den Gärtnerpool!)

- Es mangelte an Geld für Gartengerät, größere Anbauflächen und modernen Kunstdünger. (Blödsinn! Vor fünfzig Jahren hatte jeder Gärtner 50 Kartoffeln großzuziehen! Damals gab es auch kaum Geld!)
- Die Beethaber ließen Einsatz und Initiative in der begleitenden Pflege vermissen. (Wofür werden Sie eigentlich bezahlt?)
- Zu viele Kartoffeln in einem Beet. (Das lächerlichste Argument überhaupt!)
- Das Wetter war zu schlecht, die Kartoffeln daher teilweise faul. (Quatsch! Jede Kartoffel will wachsen!)
- Der Dünger taugte nichts. (Warum haben Sie ihn nicht individuell gemischt?)
- Unvorhersehbare Rahmenprojekte störten die tägliche Routinearbeit (Die muss ja ohnehin im Projekt stattfinden!).
- Neben den Kartoffeln mussten wir uns um so viele andere Pflanzen noch kümmern. (Was soll das? In den freien Gärtnerreien findet auch Verdichtung von Arbeit statt!)
- Wichtige Gärtnerstellen konnten nicht besetzt werden. (Höchste Zeit, dass Hobbygärtner durch die Seitenpforte Eingang in unsere Betriebe finden!)

Abschließend ein Appell an alle Gärtner: Lassen Sie uns gemeinsam am Haus der Kartoffel weiterbauen und die Qualität der Pflege verbessern. Für alle unverbesserlichen Amtsgärtner, die glauben, sie könnten so weiterbuddeln wie bisher, folgender Rat: Die Äcker werden in den nächsten Jahren vollständig umgepflügt werden. Ändern Sie Ihre Einstellung zur Kartoffelzucht jetzt, oder wir werden bei PIPA (Program of international potato assessment) noch auf dem letzten Platz hinter Grönland landen!

**Die Übereinstimmung mit gegenwärtigen schulischen Innovationen ist nicht rein zufällig!**



## VBE-Stadtverband Düsseldorf: Ehrenmitgliedschaft für Dr. Heinz Bremer

Dr. Heinz Bremer blickt in diesem Jahr auf eine 50-jährige Mitgliedschaft im Verband Bildung und Erziehung zurück. Aus diesem Anlass überbrachte die Vorsitzende des Stadtverbands Düsseldorf, Hildegard Adam, in Begleitung des Vertreters der Pensionäre dem Jubilar die Glückwünsche des Verbandes (siehe Bild) und verlieh ihm die Ehrenmitgliedschaft.

Dr. Heinz Bremer, geboren am 27.12.1927, gehört zu jenen Pädagogen, die sich neben ihrem beruflichen Engagement auch über die Pensionsgrenze hinaus mit ganzem Herzen selbst gestellten Aufgaben widmen. Mitglieder seiner Generation konnten nicht nach eigenem Willen ihren beruflichen Weg planen. Mit 17 Jahren wurde er als Luftwaffenhelfer verpflichtet und musste in den Krieg ziehen. Erst nach dem Krieg konnte er die Kaufmannsgehilfenprüfung ablegen und in einen Beruf einsteigen. Nach einem Studium an der Pädagogischen Akademie Essen legte er 1951 die Erste, 1956 die Zweite Lehramtsprüfung für Volksschulen ab. 1951 bis 1969 lehrte er an Düs-

seldorfer Schulen, zuletzt als Schulleiter einer Montessori-Schule. Neben seiner Lehrtätigkeit studierte er Schulmusik an der Musikhochschule Köln, erwarb das Internationale Montessori-Diplom, ergänzte dieses durch ein Einzelstudium der Musikerziehung in der Montessori-pädagogik bei Anna Maria Maccheroni in Rom und studierte an der Universität Köln Musikwissenschaft, Pädagogik und Physiologie. Diese umfassende Ausbildung führte ihn in die Lehre und Forschung. 1969 wurde er als Förderassistent an die Pädagogische Hochschule Duisburg abgeordnet. Nach der Promotion in Köln 1974 lehrte er an der Gesamthochschule (später Universität) Duisburg, wo er 1992 als Akademischer Oberrat pensioniert wurde und danach noch zwei Jahre einen Lehrauftrag hatte und in den verschiedensten Gremien der Universität mitwirkte.

Einen erheblichen Teil seiner Freizeit widmete er über fünfzig Jahre lang der Werkgemeinschaft Musik, einem Verein, der sich der Förderung der Lied-, Chor- und Instrumentalmusik verschrieben hat.



Dessen Gründungsidee: „... die Menschen und ihre Musik im Gottesdienst zusammenzuführen.“ Dr. Bremer war von Anfang an dabei, als Mitglied, als Referent, im Führungskreis, im Vorstand, 20 Jahre lang als Geschäftsführer und von 1994 bis 2000 als Vorsitzender. Daneben war er Dozent, Veranstaltungsleiter, Autor und Herausgeber von Büchern und Aufsätzen u. a. zur rheinischen Musikgeschichte.

Zu erwähnen ist auch sein 23-jähriger Einsatz für Behinderte, dessen Krönung die Gründung einer Stiftung Behindertenhilfe beim Erzbistum Köln im Jahr 1999 war.

*Jürgen Fuhrmeister*

## VBE Hagen: Reisen nach Moskau und St. Petersburg

Nach 23 Jahren stand für den VBE Hagen im Juni und im August erneut Russland als Ziel der diesjährigen Studienreisen an. Was würde man an Veränderungen feststellen? Welche neuen Erfahrungen würde man machen können? Diese Fragen stellten sich die jeweils 45 Teilnehmer von zwei Reisegruppen.

Moskau war die erste Station. Man kam im Hotel Ukraina unter, einem der sieben mit Turmspitzen versehenen Gebäude aus der Stalin-Ära. 2.000 Betten. Die Frühstückssituation glich der Schlacht am kalten Buffet, schließlich wollten die Besatzungen von 21 Bussen zur selben Zeit aufbrechen.

Dann die Stadt Moskau. Viele beeindruckende Erfahrungen: Schifffahrt auf der Moskwa, abendlicher Gang über die alte Arbat, Neujungfrauen-Kloster, Kreml, und da besonders die Rüstkam-

mer mit ihren unglaublich wertvollen Schätzen, Basilius-Kathedrale, Kaufhaus Gum und Roter Platz. Hervorragende Reiseleiterinnen informierten. Natürlich war auch Sergiew Posad – das frühere Sagorsk – ein Ziel. Das religiöse Zentrum der russischen Orthodoxie gehörte zu den stärksten Erfahrungen dieser Reise.

Im Nachtzug nach St. Petersburg. Eine äußerst angenehme Weise, 650 km Wegstrecke zu bewältigen. Die Reisegruppen waren begeistert. Das Erlebnis „St. Petersburg“ begann mit einem herrlichen russischen Frühstück. Eine erste Begegnung dann mit dem Bus: das Smolny-Viertel, der Newskij-Prospekt, die Peter-Paul-Festung. Unterkunft im Hotel Pulkovskaya, in jeder Hinsicht ausgezeichnet. (Ob es am deutschen Management liegt?) Vier Tage reich und überreich.

Höhepunkte: die Eremitage, Peterhof und die Fahrt dahin mit einem Tragflächenboot, der Katharinen-Palast mit dem Bernsteinzimmer, die Isaaks-Kathedrale. Bei einer Bootsfahrt auf den Kanälen des „Venedig des Nordens“ beeindruckte das Gesamtkunstwerk St. Petersburg. Neben dem Hotel der Siegesplatz. Wer wollte, konnte der Gegenwart für einige Augenblicke entfliehen. Ein aufwühlendes Denkmal zur Erinnerung an die Belagerung St. Petersburgs im 2. Weltkrieg, durch die 1 Million Menschen ihr Leben verloren. Bemerkenswert: Ein Denkmal ohne jegliches Ressentiment.

Es waren Reisen mit vielen Eindrücken, Erfahrungen mit höflichen, begegnungsfrohen Menschen, Erlebnisse, die reicher gemacht haben.

*August Köneke*

## Ralf Witzel MdL (FDP) zu Besuch beim VBE Mülheim/Ruhr

Der Landtagsabgeordnete Ralf Witzel, Bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, war jüngst zu Besuch beim VBE-Stadtverband Mülheim/Ruhr. Er legte anschaulich die Position der Liberalen zur Schulpolitik dar.

Die rege Diskussion ließ erkennen, dass die Kolleginnen und Kollegen an Informationen aus erster Hand äußerst in-

teressiert sind. Dabei nutzten sie die Gelegenheit – ohne zu klagen – den Schulalltag aus Sicht der Lehrerinnen und Lehrer, aber auch der Schulleiterinnen und Schulleiter, zu beschreiben.

*Theo Riecken*



Von links: Ingeborg Stein, Bärbel Jansen, Ralf Witzel MdL

## Treffen der VBE-Seniorenvertreter im BV Arnsberg

Auf Einladung der Seniorenvertretung des BV Arnsberg trafen sich die VBE-Seniorenvertreter der ST/KV im BV Arnsberg zu einem Besuch des Technikdenkmals Wendenerhütte (Kr. Olpe) und der historischen Altstadt Freudenberg (Kr. Siegen). Vorbereitet hatte die Veranstaltung Herr Achim Florath, Seniorenvertreter des VBE KV Olpe. Nach einer kurzen Begrüßung der Teilnehmer durch Herrn Schneider, Seniorenvertreter des BV Arnsberg, gab Herr Cordes vom Museumsverein Wendenerhütte zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Museumsanlage. Die mit großem Aufwand restaurierten Gebäude der Wendenerhütte beherbergen ein einzigartiges Technikmuseum, das einen interessanten und sehr anschaulichen

Einblick in die Eisenverhüttung und -weiterverarbeitung im 18. und 19. Jahrhundert vermittelt. Unter der sachkundigen Führung von Herrn Cordes konnte sich die Besuchergruppe bei einem Rundgang davon selbst überzeugen. Nach einem gemeinsamen Mittagessen im Hotel zur Altstadt in Freudenberg schloss sich eine Führung durch die sehenswerte Altstadt Freudenbergs an. Beeindruckend die gepflegten schmucken Fachwerkhäuser der Stadt. Beim abschließenden gemeinsamen Kaffeetrinken gab Herr Schneider noch einige Informationen, u. a. zum Versorgungsänderungsgesetz 2001, zur geplanten Großdemo des DBB am 24. Sept. in Düsseldorf sowie zu den weiteren Aktivitäten der Seniorenvertretung auf Bezirksebene. Auf Wunsch

der Seniorenvertreter wurde eine Resolution an den DBB-NW und den VBE-NRW zu den geplanten weiteren Kürzungsmaßnahmen für Pensionäre verfasst.

## Impressum

**SCHULE HEUTE – Information und Meinung**  
erscheint monatlich – mindestens zehnmal jährlich im

**VBE Verlag NRW GmbH**  
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,  
Telefon (02 31) 42 00 61, Fax (02 31) 43 38 64  
Internet: [www.vbe-verlag.de](http://www.vbe-verlag.de), E-Mail: [info@vbe-verlag.de](mailto:info@vbe-verlag.de)

**Herausgeber:**  
**Verband Bildung und Erziehung (VBE)**  
Landesverband Nordrhein-Westfalen  
Gesamtverband der Lehrerinnen und Lehrer,  
Erzieherinnen und Erzieher im DBB-NRW,  
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund,  
Telefon (02 31) 43 38 61-63, Fax (02 31) 43 38 64  
E-Mail: [info@vbe-nrw.de](mailto:info@vbe-nrw.de), Internet: [www.vbe-nrw.de](http://www.vbe-nrw.de)

**Redaktion:**  
**Albert Bongard (Schriftleiter), Grimmstraße 16,**  
**48268 Greven, Telefon (0 25 71) 37 00;**  
Anton Antepohl, Udo Beckmann, Herbert Boßhammer

**Druck und Anzeigenveraltung:**  
**Gebrüder Wilke GmbH**  
Caldenhofer Weg 118, 59063 Hamm

**Satz und Layout: Kirsch Kürmann Design**  
Wittekindstr. 11, 44139 Dortmund

**Anschriftenveraltung:**  
VBE-Geschäftsstelle  
Westfalendamm 247, 44141 Dortmund

Mitglieder erhalten diese Zeitschrift **kostenlos als Verbandsorgan**. Abonnement 17,00 EUR, Einzelheft 1,90 EUR, zuzüglich Versandkosten. Bei Nichtlieferung infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden.

Die Artikel sind urheberrechtlich geschützt. Ein Nachdruck, ganz oder teilweise, ist nur mit der Genehmigung der Redaktion, die wir gern erteilen, zu gezeichneten Beiträgen mit der des Verfassers bei Zusendung eines Belegexemplares gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernehmen wir keine Gewähr. Die Einsender erklären sich mit einer redaktionellen Prüfung und Bearbeitung der Vorlage einverstanden. Die Rücksendung erfolgt nur, wenn ausreichendes Rückporto beiliegt. Die Besprechung ohne Aufforderung zugesandter Bücher bleibt der Redaktion vorbehalten.

Die namentlich gekennzeichneten Artikel geben die Ansicht der Verfasser wieder und entsprechen nicht in jedem Fall der Redaktionsmeinung.

**Redaktionsschluss jeder Ausgabe ist der 1. des Vormonats.**

**Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.**

Ständige Beilage: Der öffentliche Dienst an Rhein und Ruhr.

## VBE-Stadtverband Münster – Mit dem Fahrrad entlang der Ostseeküste

Ende Juni machten sich 27 Kolleginnen und Kollegen des Stadtverbandes Münster, alle im Ruhestand, auf zu einer mehrtägigen Fahrradexkursion entlang der Mecklenburgisch-Vorpommerschen Ostseeküste.

Bei gutem Sommerwetter ging es mit dem Bus und eigenen Fahrrädern im Hänger bis Boltenhagen. Bereits am frühen Nachmittag bestiegen wir die Fahrräder und radelten entlang der Ostseeküste bis Wismar zu unserem ersten Quartier. Die Steigungen der welligen Geestlandschaft wurden gut gemeistert.

Am folgenden Tag war Zeit für einen ausgiebigen Bummel durch die wunder-

bar restaurierte Innenstadt von Wismar. Der Weg führte von hier etwas abseits der Ostsee durch verträumte Dörfer Nordpommerns bis zum Salzhaff bei Rerik, wo wir wieder die Küste erreichten. Unterwegs trafen wir unseren Bus, wo der Fahrer einen köstlichen Eintopf zu unserer Stärkung vorbereitet hatte. Am Tagesziel Kühlungsborn wurden die Fahrräder in einer Werkshalle abgestellt. Zur Übernachtung brachte uns der Bus zurück nach Wismar.

Am nächsten Morgen setzten wir die Radtour fort durch das langgestreckte Ostseebad Kühlungsborn nach Heiligendamm, dann über Nienhagen vorbei

an dem schmalen Strand vor der Steilküste durch den vom Wind bizarr geformten Küstenwald, den sog. Gespensterwald. Nach einer längeren Mittagsrast in Warnemünde führen wir über die Hohe Düne und die Rostocker Heide bis zu unserem zweiten Quartier nach Graal-Müritz.

Von hier ging es weiter nach Norden über Fischland, dem Laufsteg, der die Inselketten miteinander verbindet und an manchen Stellen gerade 200 m breit, aber über 5 km lang ist und der die stillen Bodden von der manchmal stürmischen Ostsee trennt. Wir gelangten über Wustrow, über die Künstlerkolonie Ahrenshoop entlang dem Saaler Bodden nach Born und Wieck am Darß. Hier konnten wir die kunstvoll bemalten Haustüren der reetgedeckten Häuser der alten Kapitän-, Seefahrer- und Fischerdörfer am Bodden bewundern. Das Durchradeln des „Darßer Urwaldes“ war ein besonders eindrucksvolles Erlebnis. Hier und am Darßer Leuchtturm konnten wir nachvollziehen, wie sich diese Küstenlandschaft bis auf den heutigen

Tag ständig verändert. Am Abend erreichten wir Prerow an der Nordküste, stellten wiederum die Räder ab und wurden zur Übernachtung nach Graal-Müritz zurückgebracht.

Am letzten Radwandertag ging es entlang am Nordstrand bis Zingst, dann durch die sanfte Boddenlandschaft vorbei an den vorgelagerten Inseln Große Kurr und Kleine Kurr nahe den Vogelschutzgebieten bis nach Barth. Dort wurden die Fahrräder für die Heimreise verladen. Nach einer dritten Über-

nachtung in Graal-Müritz traten wir am nächsten Morgen die Rückfahrt an.

Wir waren alle beeindruckt von der faszinierenden Mischung aus endlosem Sandstrand, Steilküsten, schilfumwachsenen stillen Bodden, dichten Wäldern, lebhaften Badeorten, verträumten Dörfern, von den netten Menschen und nicht zuletzt von der gewaltigen Aufbauleistung in den letzten Jahren.

*Franz Weitzel*



## RWE learn & fun Klassentouren „spezial“

Im Jahr 2002 stellte RWE das learn & fun Konzept erstmals der Öffentlichkeit vor. Aus dem erfolgreichen Pilotprojekt entwickelte sich ein interessantes Angebot für Schulklassen aller Altersstufen. In der aktuellen Broschüre „learn & fun Klassentouren 2003/2004“ sind mittlerweile 23 verschiedene Touren für den Großraum NRW enthalten. Die Besonderheit der „learn & fun Klassentouren“: Sie kombinieren spannende, lehrreiche Inhalte mit einer ordentlichen Portion Spaß.

Zusätzlich zur Basisbroschüre gibt RWE jetzt ein Klassentouren „spezial“ heraus. Diese Sonderbroschüre beinhaltet drei ausgewählte Klassentouren für die kommende Wintersaison sowie einen exklusiven Service für Lehrer: den kostenlosen Tour-Test.

Wie im kompletten Tour-Angebot, stehen auch bei den drei neuen „learn & fun Klassentouren“ spannende Ziele auf dem Programm.

In der ersten geht es zum Beispiel mit der ganzen Klasse eine Woche nach Südkärnten. Dabei gibt es nicht nur pures Schneevergnügen, sondern auch ein ab-

wechslungsreiches Rahmenprogramm. Spannung herrscht bei einer Mountainbikefahrt durch einen Bergwerkstollen. Ein lehrreicher Ausflug in die BIOS-Erlebniswelt ermöglicht den Schülern, eindrucksvollen Naturphänomenen an 80 interaktiven Stationen auf den Grund gehen zu können.

Besonders lehrreich geht es auch auf der eintägigen Klassentour zum „Sea Life aktuell“ in Dortmund zu. In dem futuristischen Meerwasseraquarium sind mehrere tausend Fische angesiedelt, die aus nächster Nähe und ungewöhnlichen Perspektiven beobachtet werden können. Höhepunkt ist die große Raubfischfütterung – ein Erlebnis, das speziell den Teilnehmern dieser learn & fun Klassentour vorbehalten ist.

Wer seinen Schülern einen lebhaften Einblick in die bunte Varieté-Welt ermöglichen möchte, kann die Klassentour zum legendären GOP Varieté in Essen wählen. Für einen bunten Nachmittag voller Magie, Musik, Akrobatik und Comedy ist hier gesorgt.

Der ebenfalls im Klassentouren „spezial“ beschriebene Tour-Test richtet sich

an interessierte Lehrerinnen und Lehrer und bietet ihnen die Möglichkeit, eine Tour aus dem RWE learn & fun Angebot selbst zu testen. Die zwei Ziele der exemplarischen Klassentour sind: das Museum der Deutschen Binnenschifffahrt und der Zoo Duisburg. Vor Ort können diese zwei attraktiven Einrichtungen bei speziellen Führungen unter die Lupe genommen werden. Ein Mittagessen, eine Filmvorführung im Museum und eine Vorführung in Europas modernstem Delphinarium sind ebenfalls im kostenlosen Tour-Test enthalten.

Seit dem Jahr 2002 bietet RWE die „learn & fun Klassentouren“ an. Ziel ist es, Wissen aus den Bereichen Energie, Kultur, Technik oder Natur anschaulich und lehrreich zu vermitteln.

Nähere Informationen zum kostenlosen Tour-Test und den neuen „learn & fun Klassentouren“ finden interessierte Lehrer in der kostenlosen Broschüre Klassentouren „spezial“.

Sie kann unter: 01 80 - 1 23 40 30 (zum Ortstarif) angefordert werden.

# Büchermarkt

**Hubert Steinhaus**  
**Der westfälische Provinzialverband des Katholischen Lehrerverbandes Deutschland in der Weimarer Republik bis zur Gleichschaltung durch den Nationalsozialismus (1920 - 1933), in der Reihe „Spurensuche“.**  
**Zur Geschichte des VBE und seiner Gründungsverbände.**  
**VBE-Verlag**  
**Best.-Nr. 2025, 5,50 EUR**  
**ISBN: 3-934528-20-1**



Die wechselvolle Geschichte des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE-NRW), eines Lehrerverbandes, der eine gewichtige Rolle im Schulleben unseres Landes spielt, in einer Buchreihe nachlesen zu können, dürfte für VBE-Mitglieder, aber auch andere an Bildung Interessierte von Bedeutung sein. Es lohnt, sich die Mühen und geistigen Auseinandersetzungen der Akteure in der nun über 100-jährigen Verbandsgeschichte noch einmal zu vergegenwärtigen. Denn die Ideen, Meinungen und Handlungen derjenigen, die seinerzeit diesen Verband in Verantwortung für die Erziehung junger Menschen, die Aus- und Fortbildung der Lehrer sowie ihre berufliche Interessenvertretung gegründet und mit Gemeinschaftsleben erfüllt haben, besitzen nach wie vor aktuellen Wert für die Gestaltung der Verbandspolitik in Gegenwart und Zukunft.

Das vorliegende Buch „Der westfälische Provinzialverband des Katholischen Lehrerverbandes Deutschland in der Weimarer Republik bis zur Gleichschaltung durch den Nationalsozialismus (1920 -1933)“, verfasst von dem Münsteraner Professor Dr. Hubert Steinhaus, leistet einen weiteren Beitrag in der Schriftenreihe „Spurensuche – zur Geschichte des VBE und seiner Gründungsverbände“.

Es behandelt den wohl dramatischsten Teil der Verbandsgeschichte.

**ADS – Und wenn es das gar nicht gibt? Handlungsalternativen und Strategien für den Alltag**  
**Nicola Raschendorfer**  
**Für alle Altersstufen, 96 S., A5, Paperback**  
**ISBN 3-86072-821-Q**  
**Best.-Nr. 2821, 9,80 EUR**

Diagnose ADS?! Ob Hyperaktivität, Aufmerksamkeitsdefizit oder Impulsivität – die Ursache des jeweiligen Verhaltens wird meist als Defizit beim Kind vermutet. Als Krankheit diagnostiziert, heißt die schnelle und bequeme Lösung oft „Ritalin“. Aber sollten wir wirklich eine ste-



tig steigende Zahl von Kindern krank schreiben? Ist die Krücke Krankheit wirklich hilfreich für die Kinder?

Die Autorin Nicola Raschendorfer bestreitet, dass die medizinische Diagnose ADS und die meist folgende medikamentöse Behandlung eine wirkliche Lösung des Problems sind. Aber wenn es ADS nicht gibt, was sollen Lehrer und Eltern mit – den „ADS“-Kindern tun? – Schwierigkeiten gibt es ja!

Die Autorin hakt da ein, wo der Umgang mit hyperaktiven oder aufmerksamkeitsgestörten Kindern oft in eine Sackgasse zu laufen droht: bei Hilflosigkeit, Resignation und Überforderung auf beiden Seiten. Praxisnahe und grundlegende Strategien mit vielen Fallbeispielen und Situationsbeschreibungen aus dem Unterrichtsalltag, die ebenso im außerschulischen Bereich einsetzbar sind, bieten allen Beteiligten eine echte Hilfe jenseits der Psychopharmaka.

„Das macht er doch nur, um mich zu ärgern.“

Nein, macht er eben nicht! – Allein dieser Perspektivenwechsel kann schon Klarheit in scheinbar verfahrenere Situationen bringen und schon so strapazierte Nerven. Es gibt überraschend einfache und wirksame Methoden wie Kinder lernen können, Handlungsalternativen in das Repertoire ihres alltäglichen Handelns aufzunehmen.

**Barbara Erdmann**  
**Deutschlands kaputte Kinder – Aufschrei einer Lehrerin und Mutter –**  
**BoD 2003, ISBN 3-8330-1013-4,**  
**14,80 EUR**



Wer die Autorin auf ihrem beruflichen Weg durch die Institutionen Kindergarten, Grundschule und Hauptschule über fast 30 Jahre Dienstzeit lesend begleitet, wer selber dort tätig ist oder war, wer diesen

Weg noch durch private Erlebnisse mit eigenen und anderen Kindern erweitern kann, wird in Barbara Erdmanns Aufschrei mit einstimmen. Es geht hier um eine Zustandsbeschreibung der jungen Generation, eine Abrechnung mit Verantwortlichen, aber auch um die Irrwege im Labyrinth von Bildung und Erziehung.

Aus Sicht der Autorin hat der PISA-Schock intensive Analysen, die Benennung von Schwächen und Stärken unseres Bildungssys-

tems und Maßnahmen zur Qualitätssicherung in Gang gesetzt. Die wichtigste Erkenntnis der Bildungskommission NRW von 1995 findet aber auch nach PISA noch keinen Niederschlag – die Neugewichtung von Wissensvermittlung und Persönlichkeitsentwicklung. Die Schule der Zukunft wird aber ohne diese sofortige Ausrichtung eine Totgeburt werden. Beziehung und Erziehung fordert Barbara Erdmann als Grundlagenprogramm in allen Schulformen. Es reichen nicht nur Standardsicherungen im Bereich der kognitiven Schülerkompetenz. Die Erziehung zur Menschlichkeit – Kompetenzen aus dem Bereich der emotionalen Intelligenz – müssen sich in Deutschland als fundamentale Lernziele in Schule und Gesellschaft durchsetzen.

Barbara Erdmann fordert in ihrem Buch eindringlich die menschliche Schule und bietet viele für uns alle unbequeme Wege dahin an. Mit Bildung der Zukunft kann ihrer Meinung nach nur emotionale, soziale und intellektuelle Reife als Gesamtkompetenz eines jeden Kindes hin zur Menschwerdung gemeint sein. Dabei ist die Schule zwar in starkem Maße beteiligt – die Familie aber in noch stärkerem Maße gefordert.

Barbara Erdmann greift an, provoziert und attackiert, offenbart aber auch persönliche Gefühle und Empfindungen, die hinter allem noch immer Idealismus, Engagement und Diskussionsbereitschaft erkennen lassen.

Dieses Buch soll aufrütteln, erschüttern, hinterfragen und wütend machen – es soll aber auch den Appell an jeden richten, mit Zivilcourage und „geradem Rückgrat“ aufzustehen, anzufangen, weiter zu machen und „nein“ zu sagen, wenn nötig, denn – so behauptet die Autorin zu Beginn ihres Buches:

„In Deutschland geistert ein Schul-UN-Wesen herum. Und obwohl dieser Zustand allen Lehrern, Rektoren, Schulräten, Politikern, Ausbildern, ja eigentlich der ganzen Gesellschaft immer klarer wurde, viele sogar enorm darunter zu leiden begannen, durfte keine Schule den Notstand ausrufen, kein Lehrer öffentlich Zustände beklagen, kein Schulrat genauere Kenntnis bekommen. Das Tuch des Verbergens, Verschweigens, Verschweigens wurde in jeder Schule ausgebreitet ...

Um uns wird es sich handeln in diesem Buch und um die zwei kleinen Buchstaben „UN“. Ich werde Ihnen Einblicke verschaffen in meine Trauer, meine Wut, meinen Humor, meine Seele, aber auch in meine Hilflosigkeit angesichts der Opfer unserer Zeit: Deutschlands kaputte Kinder.“

## Klassenfahrten nach Berlin

(Incl. Transfer, Unterkunft, Programmgestaltung nach Absprache)

Broschüre anfordern bei:

Biss, Freiligrathstr. 3, 10967 Berlin,  
Tel. (0 30) 6 93 65 30

**NEU!**

# Lichtertänze zur Winter- und Weihnachtszeit



von Antje Stahl  
 Buch: 84 Seiten  
 Bestell-Nr. 2023  
 Preis: 11,80 EUR  
 CD (Spieldauer ca. 50 Min.)  
 Bestell-Nr. 9014  
 Preis: 13,20 EUR

Die Winter- und Weihnachtszeit ist eine wunderbare Zeit der Lichter. In diesem Buch hat Antje Stahl Choreografien zu bekannten und neuen Winter- und Weihnachtsliedern zusammengestellt. Neben einfachen Kreistänzen zu

Liedern wie „Stille Nacht“, „Oh Tannenbaum“ oder dem indonesischen Lied „Freunde lasst uns fröhlich gehn“, gibt es auch Ideen und Vorschläge für komplexere Tänze und Kanons. Besonders viel Spaß machen zwei kleine Weihnachtsspiele mit Lichtertänzen: die Geschichte „Kleiner Stern und kleine Blume“ sowie die „Geschichte von den drei kleinen Sternen“.

**Buch und CD „Lichtertänze“ – eine Fundgrube für alle, die zur Winter- und Weihnachtszeit mit Lichtern arbeiten möchten!**

## Weihnachtsangebote aus dem VBE-Verlag

### Friedenslicht aus Betlehem – Weihnachtliche Kinderlieder

Rolf Krenzer, Reinhard Horn:  
 Heft: (ca. 20 Seiten) Bestell-Nr.: 2012  
 Preis: 5,00 EUR  
 CD (Spieldauer ca. 40 Min.):  
 Bestell-Nr.: 9005  
 Preis: 10,20 EUR

Rolf Krenzer und Reinhard Horn haben in Kooperation mit der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg zu der bundesweiten Aktion „Friedenslicht aus Betlehem“ eine neue CD mit einem Liederheft produziert. So sind acht Lieder entstanden: Lieder für einen Gottesdienst, ein neuer Licht-Kanon sowie ein Lied zur Licht-Aussendung und zwei instrumentale Musiken, die für einen meditativen Tanz oder auch als Stille-Übung eingesetzt werden können. Im Liederheft befinden sich alle Texte, Melodien und Gitarrengriffe sowie ein Lichtertanz und eine Lichtmeditation von Rita Mölders und Dorothe Schröder.



### Welt-Weihnachtslieder für Kinder

zusammengestellt von  
 Eckart Bücken und Reinhard Horn  
 Buch (68 Seiten) Bestell-Nr.: 2013  
 Preis: 10,20 EUR  
 CD (Spieldauer ca. 60 Min.)  
 Bestell-Nr.: 9006  
 Preis: 13,20 EUR

In Kooperation mit ADVENIAT, BROT FÜR DIE WELT, MISERIOR, MISSIO und RENOVABIS finden Sie hier Weihnachtslieder, die die Kinder auf der ganzen Welt singen – in Afrika, Lateinamerika, Nord- und Mittelamerika, Asien und Europa. Darüber hinaus gibt es zu jedem Erdteil eine wunderschöne Geschichte, zahlreiche Spiel- und Gestaltungsideen als „Montagsimpulse“ im Advent und ein leicht umsetzbares Krippenspiel. Eine ideale Ideenbörse für alle Feiern rund um die Weihnachtszeit und im Gottesdienst.



### Kinderträume im Advent

Neue Advents- und Weihnachtslieder mit Texten von Rolf Krenzer und Musik von Reinhard Horn

Heft (28 Seiten) Bestell-Nr.: 2014  
 Preis: 6,50 EUR  
 CD (Spieldauer ca. 50 Min.)  
 Bestell-Nr.: 9007  
 Preis: 12,80 EUR

Die Lieder dieses Heftes / dieser CD erzählen vom Nikolaus, von Engeln und Hirten, vom ungeduldigen Warten und von „Drei Eulen“, die dem Weihnachtsstern folgen! Geeignet für alle Feiern rund um das Weihnachtsfest!



Diese Weihnachtsmaterialien sind gedacht für den Einsatz in Kindergärten sowie in den Schulklassen 1 – 6.

## Bestellungen an:

VBE Verlag NRW GmbH  
 Westfalendamm 247  
 44141 Dortmund

Telefon: 0231 – 42 00 61  
 (mo. bis do. 9.00 – 14.00 Uhr)  
 Telefax: 0231 – 43 38 64

<http://www.vbe-verlag.de>  
 mit Online-Shop  
 E-mail: [info@vbe-verlag.de](mailto:info@vbe-verlag.de)

Portofreier Mindestbestellwert 10,- EUR, andernfalls Porto- und Versandkostenpauschale 2,60 EUR.



Postvertriebsstück – Entgelt bezahlt – K 8050  
Gebrüder Wilke GmbH · Druckerei und Verlag · Postfach 2767 · 59017 Hamm